

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatlich 3,50 Zl. mit Zustellgeld 3,80 Zl. Bei Postbezug monatlich 3,89 Zl. vierteljährlich 11,66 Zl. Unter Streifenband monatlich 7,50 Zl. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einspaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbeileitung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 7

Bromberg, Sonntag, den 10. Januar 1937.

61. Jahrg.

Belastungsproben der Kleinen Entente

Von Axel Schmidt

Die Kleine Entente wurde gegründet, um Ungarns Revisionswünsche niederzuhalten, die bulgarische Ohnmacht zu verewigen und die Rückkehr der Habsburger zu verhindern. Je länger je mehr hat es den Anschein, als ob Südslawien, ohne Zweifel der kräftigste Staat auf dem Balkan, immer stärkere Neigung zeigt, eigene Wege zu wandeln.

Die Ausöhnung mit Bulgarien ist auf dem besten Wege. Die alte Streitfrage Mazedoniens dürfte durch Forderung des Drucks auf dieses Gebiet — an Bitterkeit für die Bulgaren zusehends verlieren, und das bulgarische Sehnen nach der Dobrutza und Dedegatsch immer stärker werden lassen. Ersteres Ziel würde Bulgarien mit Rumänien und letzteres mit Griechenland in Gegensatz bringen und dadurch die Rückendeckung durch Südslawien um so notwendiger machen.

In letzter Zeit wird auch viel von einer südslawisch-ungarischen Annäherung gesprochen. Sollte wirklich nach der Verständigung mit Bulgarien auch eine Ausöhnung mit Ungarn gelingen, so hätte für Südslawien die Kleine Entente ihren Wert um so mehr verloren, als die Tschechoslowakei ganz in das sowjetrussische Fahrwasser abgeschwenkt ist, wovon bekanntlich die Belgrader Regierung nichts wissen will.

Die südslawische Politik hat um so größere neue Orientierungsmöglichkeiten, als der italienische Druck an der istrischen Küste nachgelassen hat. Das Engagement der italienischen Politik und Wirtschaft in Abessinien hat natürlich Belgrads ständige Furcht vermindert, Italien wolle seinen Anspruch auf das *mare nostrum* einen starken Nachdruck verleihen. Dazu kommt, daß das Agrarland Südslawien aus wirtschaftlichen Gründen damit rechnen muß, in Mitteleuropa den besten Abnehmer seiner Produkte zu finden.

Zieht aber wirklich, was nicht undenkbar erscheint, an allen Grenzen Südslawiens Ruhe und Frieden ein, so wird die Notwendigkeit, sich durch das Bündnis der Kleinen Entente vor politischen Gefahren zu sichern, immer geringer. Im Gegenteil: es wäre denkbar, daß die Belgrader Regierung zu der Ansicht kommen könnte, die Kleine Entente sei seit Abhängen der Tschechoslowakei in das sowjetrussische Lager weniger eine Sicherung vor politischen Konflikten als eine Gefahr, in politische Streitigkeiten gezogen zu werden, die für Südslawien kein Lebensinteresse hätten.

Die Belgrader Regierung beginnt sich — und das ist kein Zufall — auch Polen zu nähern; denn diese Macht steht nicht nur in besten Beziehungen zu Ungarn und neuerdings auch zu Rumänien, sondern hat sich ostentativ von der Tschechoslowakei distanziert. Sollte die Warschau-Belgrader Fühlungnahme Erfolg haben, so würde dies eine weitere Belastungsprobe für die Tragfähigkeit der Kleinen Entente bedeuten. Während sich Frage politische Ideale immer stärker nach Paris und Moskau orientieren, also vom Balkan fortführen, ist bei Südslawien das Umgekehrte der Fall. Durch die Verständigung mit Bulgarien ist sein Interesse an den Angelegenheiten des Balkans gewachsen, und eine Regulierung der Beziehungen zu Ungarn würde die Vorbedingungen für die Kleine Entente außer Kraft setzen.

Die Zeiten, in denen Titulescu, Jostitsch und Benesch als die drei allmächtigen Außenminister der Kleinen Entente, deren Politik leiteten und stets dafür sorgten, daß sie mit der französischen im gleichen Schritt blieb, — sind vorüber und dürften nicht so bald wiederkehren. Die neuen Männer in Rumänien und Südslawien gehen andere Wege, nur die Prager Außenpolitik ist auch unter dem neuen Leiter Krofta, der alten Linie der Kleinen Entente treu geblieben.

Nun kommt noch hinzu, daß der tschechischen Politik nicht allein durch ihre Fühlungnahme mit Sowjetrußland Gefahr droht, in die weltpolitischen Gänge hineingezogen zu werden, sondern der „vollgepöppelte Wurm“, wie der englische Publizist Garvin die Tschechoslowakei despektierlich nennt, könnte Ungarn mit seiner berechtigten revisionistischen Idee große Schwierigkeiten bereiten. Nicht mit Unrecht läßt dieser angesehene englische Publizist im „Observer“ scharfe Kritik am Vortage von Trianon, wobei er die Ansicht vertrat, daß es, solange nicht gegenüber Ungarn das schwere Unrecht beseitigt sei, in Europa keinen wahren Frieden geben könne. Nun hat die Prager Regierung immer wieder betont, daß für sie jede Revision der Grenzen den Krieg bedeuten würde; unter den jetzigen Umständen dürfte aber die Belgrader Regierung wenig Neigung zeigen, für die Unversehrtheit des Tschechischen Staates das Schwert zu ziehen, sollte Sowjetrußlands Politik die Prager Regierung in die Konflikte hineingezogen haben.

Schließlich hat sich auch die Stellungnahme der drei Regierungen zu der Habsburger Frage verschoben. Während Bukarest und Belgrad nach wie vor erklären, die Rückkehr der Habsburger nach Wien bedeute den Krieg, ist man in Prag eher geneigt, sich mit den Habsburgern in Wien auszuöhnen, da dadurch der Alpdruck des Anschlusses an Deutschland von den tschechischen Politikern genommen würde.

Ein neues Kriegsgespenst:

Bersärfung des Konflikts zwischen Frankreich und der Türkei.

Der Sandsthal-Konflikt zwischen der Türkei und Frankreich verschärft sich von Tag zu Tag, da Frankreich sich weiterhin weigert, dem Gebiet um Alexandrette, das fast ausschließlich von türkischer Bevölkerung bewohnt wird, die Autonomie zu gewähren. Nach weiteren Nachrichten ist der französische Präsident von Syrien, Ponsot, der sich in die französische Hauptstadt begeben hatte, wieder auf seinen Posten zurückgekehrt. Er hat kurz und bündig erklärt, daß er aus Paris keine neuen Pläne über die Beilegung des Konflikts mitgebracht habe. Die Lage ist infolgedessen ernst geworden.

Die türkische Presse behauptet, daß die Türkei entschlossen sei, die weitgehendsten Maßnahmen zur Verteidigung ihrer Ehre zu ergreifen. Wenn auf diesem Hintergrund ein Krieg zwischen Frankreich und der Türkei ausbricht, so würde die Verantwortung dafür lediglich die französische Regierung treffen.

Nach Meldungen aus London beobachtet das englische Kabinett mit ungewöhnlicher Spannung die Ereignisse in Alexandrette, da sie den Standpunkt vertritt, daß der durchaus denkbare Ausbruch eines Aufstandes der türkischen Bevölkerung im Gebiet von Antiochien ungewöhnlich ernste Folgen für ganz Europa haben würde. Aus diesem Grunde ist die öffentliche Meinung Londons der Ansicht, daß die unverzügliche Einberufung des Völkerbundes geradezu unumgänglich werde. (Was soll das schon helfen?) Weitere Informationen besagen, daß die französische Regierung in dieser Frage ein gemeinsames Vorgehen mit England beabsichtige, zumal das ganze Mandatssystem des Völkerbundes vollständig zusammenbrechen würde, sollte die Türkei im Gebiet von Alexandrette irgend eine vollzogene Tatsache schaffen.

Die Türkei zieht Truppen zusammen!

Die Türkei hat, wie die polnische Presse über Wien meldet, die Mobilisierung von zwei Divisionen angeordnet, die im Grenzgebiet von Alexandrette zusammengezogen werden sollen. Nach Informationen aus Stambul (Konstantinopel) will die Türkei die Entscheidung des Völkerbundes in dieser Frage nicht abwarten. Frankreich aber will unter keiner Bedingung zulassen, daß die Türkei im Sandsthal eine vollzogene Tatsache schafft.

Die ganze Aufmerksamkeit der Regierungen der europäischen Staaten ist augenblicklich auf die Türkei gerichtet, wo, wie der „Illustration Kurjer Codzienny“ zu wissen glaubt, unklare Tendenzen in die Erscheinung zu treten beginnen, auf dem Gebiet von Alexandrette einen Staatsstreich gegen Frankreich zu inszenieren. Einen besonders beunruhigenden Eindruck haben die Beratungen des Präsidenten der Türkei Kemal Atatürk im Hauptquartier der türkischen Südmarmee hervorgerufen. Dort haben geheimnisvolle Gespräche zwischen dem Präsidenten und dem türkischen Außenminister sowie dem Chef des Generalstabes stattgefunden. Nach Mitteilungen aus Stambul stellt sich die Lage so dar, daß man auf dem politischen Gebiet die französisch-türkischen Verhandlungen in der Frage des Sandsthal von Alexandrette als gescheitert zu betrachten habe. Auf dem Gebiet ganz Antiochiens finden Demonstrationen gegen Frankreich statt. Der Ton der türkischen Presse gegenüber Frankreich ist auffallend scharf. In England herrscht, wie wir bereits gestern mitteilen konnten, die Überzeugung, daß die Türkei, die sich die gegenwärtige unsichere Lage in Europa zunutzen machen will, geradezu beabsichtigt, das frühere Osmanische Reich wieder herzustellen. Frankreich glaubt zwar nicht, daß die Türkei zur Verwirklichung dieser Absichten zu den Waffen greifen sollte.

In Alexandrette ist bereits die vom Völkerbund gebildete Kommission zur Prüfung der Lage an

In Bukarest und Belgrad wiederum wäre man außerordentlich bereit, den Anschluß zu genehmigen, falls dadurch die Habsburger Frage ein für alle Mal liquidiert würde; ja in wirtschaftlicher Beziehung würde man eine solche Entwicklung nicht ungern sehen, weil ein Großdeutschland ein noch besserer Abnehmer der landwirtschaftlichen Produkte des Balkans werden würde. Besonders in Südslawien, das dann grenznachbar von Deutschland würde, verspricht man sich von einem solchen großen Wirtschaftskörper bessere Entwicklungsmöglichkeiten. Also auch in dieser Frage beginnen sich die Wege Rumäniens und Südslawiens von der Prager Politik zu trennen.

Ob unter solchen Umständen die Kleine Entente noch lange einen außenpolitischen Machtfaktor darstellen wird, bleibt dahingestellt. Zunächst genügt der Hinweis, daß die aneinanderstrebenden Richtungen im Lager der Kleinen Entente immer stärker werden, welche die Prager Regierung nach Paris und Moskau hin, die beiden anderen Mitglieder aber zum Balkan hin orientieren.

Solch ein Auseinanderfließen der Interessen der eng verbündeten Mächte bedeutet aber eine schwere Belastungsprobe für die Tragfähigkeit der Kleinen Entente, von der man jetzt noch nicht sagen kann, ob und wie sie diese Prüfung übersteht wird.

Ort und Stelle eingetroffen. Der Völkerbundrat wird im Verlauf der auf den 18. Januar einberufenen Session danach trachten, eine Entspannung in der Lage in der Weise herbeizuführen, daß die Türkei eine gewisse Autonomie im Gebiet von Alexandrette erhält. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob Frankreich sein Einverständnis zur Aufgabe des syrischen Mandats gibt.

Frankreich gibt nicht nach!

Trotz der Angriffe der türkischen Presse und ohne Rücksicht auf die Informationen, welche die Zusammenziehung türkischer Truppen im Grenzgebiet Syriens melden, ist Frankreich, wie der Pariser Korrespondent des „Illustration Kurjer Codzienny“ seinem Blatt meldet, entschlossen, seinen im ersten Augenblick in der Alexandrette-Frage eingenommenen Standpunkt nicht zu ändern. In Pariser Kreisen, die der Regierung nahestehen, wird außerdem erklärt, daß Frankreich, indem es sein Mandat über Syrien ausübt, keine Aktion dulden werde, die direkt oder indirekt auf die Abtrennung einer der Provinzen von Syrien abzielt. Die so dargelegte Meinung der offiziellen Kreise bedeutet jedoch nicht, daß der Druck der türkischen Regierung Frankreich nicht in eine ernste Verlegenheit bringen würde. Die wenigen Tausende an französischen Soldaten, die in Syrien zusammengezogen sind, bedeuten eine ungenügende Kraft zur Liquidierung eines eventuellen Aufstandes der türkischen Bevölkerung, die im Sandsthal allein 200 000 Köpfe zählt. Sicherlich wünscht Frankreich, mit Rücksicht auf seine Ost- und Balkan-Politik aufrichtig gute Beziehungen mit der Türkei zu unterhalten. Andererseits aber würde es, wie es in dem Bericht weiter heißt, Frankreich wirklich schwer werden, allzu weitgehende Zugeständnisse zu machen, die das mit soviel Schwierigkeiten verbundene Zusammenwirken der normalen Gestaltung der französisch-türkischen Beziehungen vernichten würden. Es ist bekannt, daß die französische Regierung nach 16 Jahren fast ununterbrochener Kämpfe und Konflikte erst jetzt einen für sich günstigen *modus vivendi* erlangt hat, indem sie Syrien grundsätzlich die Unabhängigkeit zuerkannte. Auf Grund des bereits abgeschlossenen grundsätzlichen Abkommens soll die Republik Syrien, mit der Frankreich durch ein Bündnis verbunden werden wird, im Jahre 1939 zum Völkerbund zugelassen werden, ähnlich wie es England mit dem Irak gemacht hat. Die Abtretung des Sandsthal von Alexandrette durch Frankreich würde aber niemals die Billigung der syrischen Regierung finden, die sofort automatisch die mit Paris abgeschlossene Verständigung abbrechen würde. Die französische Regierung ist sich vollkommen über diese Gefahr klar; sie rechnet nur noch auf die Nachgiebigkeit der Türkei. Sie rechnet gewissermaßen aber auch auf den Druck, den England in Ankara ausüben kann, dessen Interessen im östlichen Becken des Mittelmeeres mit den Interessen Frankreichs zusammenlaufen.

Kein Abbruch der französisch-türkischen Verhandlungen.

DNB meldet aus Paris:

Der Unterstaatssekretär im Außenministerium Bienot hatte am Donnerstag vormittag eine Besprechung mit dem Oberbefehlshaber der französischen Landtruppen General Desinger und am Nachmittag eine Unterredung mit dem türkischen Botschafter in Paris.

Die letzte Unterredung dauerte zwei Stunden. Der französische Unterstaatssekretär soll den türkischen Botschafter darauf hingewiesen haben, daß der türkische Pressefeldzug in der Frage des Sandsthal von Alexandrette wenig geeignet sei, eine für die Verhandlungen günstige Stimmung zu schaffen. Die französische und die türkische Regierung sollen sich dahingehend verständigt haben, eine Vertagung der auf den 18. Januar anberaumten Völkerbundrats-Sitzung ins Auge zu fassen, um dadurch eine Möglichkeit zur Abwicklung der unmittelbaren Verhandlungen zu schaffen. Vor einem Abbruch der Verhandlungen könne entgegen anderslautenden Gerüchten keine Rede sein.

Muslimischer Kongress in Mekka.

In dem Bemühen der Unterhändler der palästinensischen arabischen Nationalisten, Ibn Saud für einen Panarabischen Kongress zu gewinnen, der sich mit der Frage des Palästinamandats beschäftigen soll, scheinen die Kongresspläne im Verlauf der Verhandlungen mit dem arabischen König ausgeweitet worden zu sein. Es scheint nunmehr festzustehen, daß nicht ein Panarabischer Kongress zu der Frage Stellung nehmen soll, sondern ein Muslimischer, der während der Wochen der nächsten Pilgerzeit, die im Februar beginnt, in Mekka stattfinden soll. Während dieser Zeit werden sich Tausende von Pilgern aus aller Welt in Mekka befinden, und deren Gewicht will man in die Waagschale der politischen Entscheidung werfen.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß Lord Peel, der Leiter der englischen Untersuchungskommission, arabischen Kreisen gegenüber erklärt hat, daß sich die Untersuchungskommission in ihren Vorschlägen zur Befriedung Palästinas keineswegs an die bisherigen Definitionen des Palästinamandats gebunden fühle. Damit

ist eine Neudefinition des Mandats von offizieller englischer Seite angekündigt. Die Kommission wird vermutlich am 10. Januar ihre Arbeit vollenden und am 17. Januar nach England abreisen.

In unterrichteten französischen Kreisen erklärt man, die Gerüchte über angebliche Truppenzusammenschlüsse in Sandshat Alexandrette seien vollkommen aus der Luft gegriffen. Weder türkischer noch französischerseits seien derartige Maßnahmen in Erwägung gezogen.

Prüfung der Vorschläge Berlins und Roms Der Nichteinmischungsausschuss ein ungeeignetes diplomatisches Gremium.

Wie die Londoner Zeitungen berichten, haben am Freitag den ganzen Tag über Beratungen im Foreign Office über die Antwort Deutschlands und Italiens auf den englisch-französischen Schritt in der spanischen Freiwilligenfrage stattgefunden. Außenminister Eden empfing die Führer der liberalen Opposition, denen er über die Lage Bericht erstattete. Wie es heißt, hat die Prüfung der beiden Noten in einem im wesentlichen befriedigenden Ergebnis geführt. Man hat in amtlichen Kreisen festgestellt, daß die übereinstimmende Antwort der Regierungen in Berlin und Rom die Grundlage für weitere Verhandlungen biete. Die nächsten Schritte sollen in engem Einvernehmen mit der französischen Regierung und durch die „üblichen diplomatischen Kanäle“ erfolgen.

Zwischen London und Paris, so heißt es in den Meldungen der Londoner Zeitungen weiter, sei bereits übereinstimmend darüber hergestellt worden, daß der Nichteinmischungsausschuss ein ungeeignetes diplomatisches Gremium sei, um entscheidende Beschlüsse zu fassen und der dringenden Lage gerecht zu werden. Es sei deshalb erwogen worden, eine andere Konferenz von bevollmächtigten Vertretern der europäischen Staaten einzuberufen. Gedacht sei an eine Außenminister-Konferenz,

der man konkrete Pläne zur Beendigung des spanischen Krieges vorlegen wolle.

Zu diesem Zweck müßten zunächst die großen Schwierigkeiten überwunden werden, die sich hinsichtlich eines Kompromisses in der Freiwilligenfrage ergeben haben. Seit dem Eintreffen der Antworten aus Berlin und Rom hält man dieses Kompromiß aber nicht für völlig ausgeschlossen.

Feierliche Beisetzung des Admirals Behndt

Aus Lübeck wird gemeldet:

In Gegenwart des Stellvertreters des Führers der NSDAP, Reichsministers Rudolf Heß, und des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine, Generaladmirals Dr. h. c. Raeder, ist am Freitag Admiral Behndt in seiner Heimatstadt Lübeck zu Grabe getragen worden. Auch der japanische Botschafter, Gauleiter Böhle und zahlreiche hohe Offiziere der Wehrmacht nahmen an den Trauerfeierlichkeiten teil. Das Mittelschiff war bedeckt von kostbaren Kranzspenden. Neben dem Hakenkreuz sah man auf den breiten Schleifen besonders zahlreich die aufgehende Sonne Japans, wo Admiral Behndt während seines Aufenthaltes in Ostasien viele persönliche Freundschaften knüpfen konnte. Neben dem Sarge hielten vier Seemannsdiener die Ehrenwache. Am Fußende des Sarges ruhte der Riesenkranz des Führers, zu seinen Seiten die Kränze des Reichskriegsministers, des Ministers des Auswärtigen, der Oberbefehlshaber von Heer, Kriegsmarine und Luftwaffe, des Senats von Lübeck, des japanischen Botschafters usw. Auch ein Kranz Kaiser Wilhelms war eingetroffen.

Den Sarg des Admirals bedeckte die deutsche Kriegsflagge und darauf lagen Dreispitz und Degen des Heimgegangenen. Durch ein Spalier hoher Offiziere trugen Matrosen den Sarg aus der Kirche. Die vier Kompanien der Marine-Unteroffizier-Lehrabteilung erwiesen die Ehrenbezeugung. Während sich die Flaggen der ehemaligen Schlachtkreuzer „Blücher“, „Derfflinger“, „Thüringen“ und „Rassau“ unter dumpfem Trommelwirbel senkten, präsentierte das Militär. Am Grabe sprach der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Generaladmiral Raeder, der die Verdienste des Verstorbenen für sein Vaterland hervorhob, weiter widmete der japanische Botschafter dem Toten einen herzlichen Nachruf, und nach ihm nahm Gauleiter Böhle im Namen aller Auslandsdeutschen von dem Verstorbenen Abschied. Nach der feierlichen Beisetzung schloß eine Kompanie den Ehrensalut.

Vor der Einberufung des Reichstags?

Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet aus Berlin:

Nach halbamtlichen Informationen wird am 30. Januar d. J. die Frage der Erneuerung der Vollmachten für die Reichsregierung aktuell, die ihr vor vier Jahren nach der Übernahme der Macht durch die Nationalsozialistische Partei erteilt worden war. Im Zusammenhang damit werde an diesem Tage eine Sitzung des Reichskabinetts stattfinden. Dann soll aber nach einer langen Pause auch der Reichstag zusammenzutreten, um eine große Rede des Reichskanzlers entgegenzunehmen.

Wie man hört, werde der Reichskanzler eine Bilanz der Nationalsozialistischen Regierung im Laufe der verflochtenen vier Jahre ziehen und die Richtlinien für die Zukunft weisen. In Berliner politischen Kreisen wird angekündigt, daß die Beratungen vor allem die formale Verlängerung der erwähnten Vollmachten betreffen werde. Dagegen werden von deutschen maßgebenden Stellen nochmals kategorisch die Gerüchte von irgendwelchen strukturellen Änderungen dementiert. Für den 30. Januar seien große Feiern vorgesehen, in denen die Einheit und die unerschütterliche Treue des deutschen Volkes gegenüber dem Führer bezeugt werden sollen.

Rücktritt Dr. Goerdelers.

In der ersten diesjährigen Sitzung der Leipziger Ratsherren hat Bürgermeister Haake folgende Erklärung abgegeben:

„Oberbürgermeister Dr. Goerdeler hat Ende November des vergangenen Jahres den Antrag gestellt, spätestens am 1. April 1937 aus den Diensten der Stadt Leipzig entlassen zu werden. Nachdem die maßgebenden Stellen befragt worden sind und keine Bedenken geäußert haben, hat die Stadt unter dem heutigen Tage für den 1. April 1937 diesem Antrag des Herrn Dr. Goerdeler stattgegeben.“

Keine Antwort der roten Machthaber in Valencia.

Die Reichregierung zieht die Konsequenzen.

Das Deutsche Nachrichten-Bureau meldet aus Berlin:

Auf das vom Admiral der deutschen Seestreitkräfte in Spanien an die roten Machthaber in Valencia gerichtete, bis 8. Januar, 8 Uhr vormittags, befristete Angebot bezüglich des Austausches der Ausrüstung und des Passagiers des deutschen Dampfers „Palos“ gegen die beiden aufgebracht roten Handelsschiffe „Aragon“ und „Maria Junquera“ ist keine Antwort eingegangen.

Die Deutsche Reichsregierung wird nunmehr in Ausführung der angekündigten Maßnahmen über die beiden Dampfer verfügen.

Zur Beschlagnahme der „Palos“ hatte die „Morning Post“ am 4. Januar ausgeführt: „Nachdem man das deutsche Schiff, das von spanischen Schiffen aufgegriffen war, freigelassen hatte, war kein Grund zur Zurückhaltung eines Teiles der Fracht und eines der Passagiere. Die Verweigerung von mehr als teilweiser Genehmigung für den klaren Verstoß war eine glatte und ganz unnötige Provokation, die nicht gut geduldet werden, wie sie auch nicht übersehen werden konnte.“

Zu den deutschen Gegenmaßnahmen bemerkt das gleiche Blatt: „Gerade solche Handlungsweise könnte sehr wohl unsere eigene Regierung unter ähnlichen Umständen gewählt haben und hat sie tatsächlich in der Vergangenheit vorgenommen. Während des amerikanischen Bürgerkrieges griffen Kreuzer der Bundesregierung auf hoher See den britischen Postdampfer „Trent“ auf und entführten zwei Bundesagenten, Mason und Elidell, welche Bordpassagiere waren. Die Britische Regierung trieb ihren Protest gegen diese Handlung bis auf die hohe Spitze der Kriegserklärung, als die Bundesregierung nachgab und die Gefangenen wieder auslieferte.“

So bestätigt auch das angeführte englische Blatt, daß Deutschland seine Gegenmaßnahmen im „Palos“-Fall streng im Rahmen des Notwendigen und Angemessenen gehalten hat.

Bolschewistenfront erschüttert.

Aus Paris wird gemeldet:

Die durch die letzten bedeutenden Fortschritte der nationalen Angriffsgruppen in die Zange genommene rote Guadarramafront bröckelt Stück für Stück ab. Den roten Milizen im Nordwesten und Norden Madrids bleibt jetzt nur noch ein einziger Ausweg in östlicher Richtung offen.

Die rote Miliz zieht sich allmählich gegen Villalba und Torrelodones zurück, den Knotenpunkten der Saumpfade, die über Colmenar zu den Heerstraßen nach Norden und Osten führen. Diese sind vorläufig noch von roten Horden besetzt. Die Angriffskolonnen gehen im Norden von Las Rozas, jetzt bei Torrelodones und Villalba und im Süden von Pozuelo und Aravaca gegen die kleine Stadt El Pardo vor. Die roten Milizen, die dort noch Widerstand leisten, werden in kurzer Zeit im Abschnitt von Colmenar im Norden der Hauptstadt eingekreist sein, wo Gegenwehr sehr schwierig ist. Die nationalen Gebirgstruppen in den Bergstellungen der Guadarrama, die bisher noch nicht in Aktion getreten sind, können dann in die Operationen eingreifen, gegen die östlichen Ausgänge von Madrid vorgehen und die Verbindung mit den gegen El Pardo nördlich der Hauptstadt operierenden Seeresistenzen herstellen.

Zerwürfnisse bei den spanischen Bolschewisten.

Der „Matin“ berichtet über schwere Zerwürfnisse, die in den letzten Tagen bei den spanischen Bolschewisten aufgetreten sind. Selbst die spanischen Marxisten begannen, sich

Herr Dr. Goerdeler ist seit dem 1. Januar in Urlaub. Er wird nicht mehr in die Dienste der Stadt Leipzig zurückkehren. Da diese Entscheidungen erst am heutigen Tage gefallen sind, ist selbstverständlich über die Nachfolge noch in keiner Weise irgend etwas entschieden. Alle Gerüchte, die in dieser Sache im Umlauf sind, muß ich daher ausdrücklich als unsinnig zurückweisen.“

Neuer Stellvertreter des polnischen Generalkommissars in Danzig.

Zum Stellvertreter des polnischen diplomatischen Vertreters in Danzig, Minister Chodacki, ist der Ministerialrat Tadeusz Perkowski ernannt worden.

Perkowski ist am 23. November 1896 geboren. Er trat im November 1921 in das Polnische Auswärtige Amt ein, wo er seit dem Jahre 1924 in der Zentrale arbeitete. Dann war er auf verschiedenen polnischen Auslandsposten tätig, hauptsächlich in Sowjetrußland. Im Jahre 1928 kehrte er in die Zentrale des Außenministeriums zurück und übernahm das Baltische Referat in der D-Abteilung. Auf diesem Posten blieb er bis zur Berufung als Stellvertreter des polnischen diplomatischen Vertreters in Danzig.

Rücktritt des Danziger Justiz-Senators Dr. Wiercinski-Kaiser.

Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet aus Danzig:

Der Justiz-Senator Dr. Wiercinski-Kaiser hat seinen Rücktritt beantragt und um seine Versetzung nach Deutschland gebeten.

Bekanntlich war Dr. Wiercinski-Kaiser als Vertreter des Zentrums in den Senat eingezogen. Er blieb auf seinem Posten auch nachdem die Koalition zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum zerfallen war. Seinerzeit wurde er zum Leiter der nationalsozialistischen Organisation der deutschen Katholiken ernannt, welche die Aufgabe hatte, die Angehörigen des Zentrums in die Nationalsozialistische Partei hinüberzuführen. Diese Bemühungen haben jedoch — so urteilt wenigstens die „Pat“ — keinen Erfolg gezeitigt.

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 9. Januar 1936.

Krautau — 1,43 (+ 2,58), Zawichost — 2,14 (+ 2,15), Warschau — 1,70 (+ 1,36), Błoc — 1,28 (+ 1,23), Thorn — 1,42 (+ 1,39), Jordon — 1,37 (+ 1,37), Culm — 1,28 (+ 1,29), Graudenz — 1,44 (+ 1,46), Kurbel — 1,56 (+ 1,58), Biele — 0,98 (+ 1,01), Brichau — 0,99 (+ 1,04), Einlage — 2,99 (+ 3,34), Schwenhorst — 3,04 (+ 3,50). (In Klammern die Meldung des Vortages.)

gegen die sowjetrussische Herrschaft aufzulehnen. Der Sowjetbotschafter in Spanien, Moses Rosenberg, habe es sogar, wie man erst heute erfährt, für notwendig gehalten, Spanien für 48 Stunden zu verlassen und in Paris eine Geheimkonferenz abzuhalten. In Katalonien wie in Madrid ereigneten sich, so sagt „Matin“ weiter, in der letzten Zeit zahlreiche Attentate, die der Öffentlichkeit sorgfältig verschwiegen wurden, gegen solche Personen, die mit den Sowjets in besonders engen Beziehungen standen.

Neue Waffentransporte.

„Echo de Paris“ will wissen, daß am Sonnabend wieder eine starke Abteilung englischer Freiwilliger von London nach Katalonien abreisen wird. Der Transport, der über Frankreich gehe, sei von der britischen Arbeiterpartei organisiert worden. Wie das Blatt weiter meldet, sind am 2. Januar abends sieben Eisenbahnwagen mit Waffen und Munition von Paris nach Gers bere abgegangen, wo sie an das „Versorgungskontor“ in der Rue de la Poste übergeben wurden. Am 4. Januar haben 25 Lastkraftwagen, die ebenfalls mit Waffen und Munition beladen waren, die französische Grenze bei Perthus nach Spanien überschritten. Dem Blatt zufolge haben ferner die roten Machthaber in Katalonien mit einer belgischen Waffenfabrik einen Liefervertrag über 1000 Maschinengewehre zum Preise von sieben Millionen Frank abgeschlossen. Diese Maschinengewehre waren ursprünglich für die frühere abessinische Armee bestimmt.

50 Verhaftungen in Basel.

Die Polizei von Lausanne hat einen Anwerber von Rekruten für die spanischen Bolschewisten, namens Le Loch, verhaftet. Ferner hat, Pressemeldungen zufolge, die Zürcher Polizei vier Schweizer unter der gleichen Anschuldigung verhaftet. Außerdem wurden neuerdings in Basel etwa 50 Österreicher und Tschechoslowaken festgenommen, die über Frankreich nach Spanien reisen wollten. Sie werden nach ihrem Heimatland zurückgeschickt. Sie waren in der Tschechoslowakei angeworben worden.

Bauernaufstand gegen das bolschewistische Schreckensregiment.

Der bei Alicante ausgebrochene Aufstand der Landbevölkerung gegen das bolschewistische Schreckensregiment hat sich nach Mitteilung des nationalen Senders auf zahlreiche Ortschaften an der Levanteküste bis nach Valencia ausgebreitet. Die roten Oberhäuptlinge haben sich bereits genötigt gesehen, starke Milizaufgebote in die Provinz zu entsenden, da die Bauern sich weiterhin gegen die Erpressung ihrer landwirtschaftlichen Produkte wehren und alle Steuerzahlungen verweigern. Bei Eintreffen der roten Horden aus Valencia entzogen überall heftige Schießereien, die bis jetzt schon zahlreiche Tote und Verwundete gefordert haben.

Vatikanvertreter bei Franco.

Portugiesische Blätter melden, wie die Radio-Agentur aus Lissabon berichtet, daß der Papst den Kardinal Gomez y Thomas als offiziellen Vertreter bei der spanischen Nationalregierung des Generals Franco ernannt habe. Der Kardinal habe bereits vor einigen Tagen in Salamanca mit Franco eine erste Unterredung gehabt.

Frankenanleihe endgültig verabschiedet.

In der am Freitag in Gegenwart der gesamten Regierung mit dem Ministerpräsidenten Sławoj-Słabkowski an der Spitze abgehaltenen Sitzung nahm auch der Senat den Gesetzentwurf, durch den der Finanzminister ermächtigt wird, eine Anleihe in Frankreich anzunehmen, einstimmig an.

Der Berichterstatter, Senator Dabkowski, betonte, daß diese Anleihe als der erste Schritt zur Hebung der Wehrkraft der polnischen Armee anzusehen sei. Diesem ersten Schritt würde eine ständige und dauernde Anstrengung im Rahmen des Staatshaushalts folgen müssen, die der Armee die notwendigen Mittel für diesen Zweck sicherstellt. Vizemarschall Wacław Makowski hob hervor, daß es sich hier um eine Anleihe handle, in deren Hintergründe nicht allein das Geschäft stehe, sie müsse auch dem gegenseitigen Verständnis und der Anerkennung der Wichtigkeit der Absichten und Standpunkte der beiden Länder Ausdruck verleihen. Mit der Bitte um Gewährung einer solchen Anleihe könne sich nur ein Freund an den Freund wenden. Polen nehme die Anleihe von einem Volk entgegen, zu dem es Vertrauen habe und das auch zu Polen Vertrauen habe.

Ausflug im Haag.

Am Abend des Hochzeitstages im Haag stand die Innenstadt der holländischen Residenz noch einmal im vollen Lichterglanz der Illumination. Im königlichen Palast fand nach der Abreise des jungen Paares ein Diner statt, das nur familiären Charakter trug. In der Deutschen Gesandtschaft, von der, durch Scheinwerfer angestrahlt, die Gedenktafel wehte und die mit Lichterschirmen und dem von den deutschen Freiheitskämpfern eingerahmten Hoheitszeichen über dem Portal geschmückt war, fand ein Empfang der deutschen Hochzeitsgäste statt. Der deutsche Gesandte und Gräfin Zech-Burkersroda konnten die nächsten deutschen Verwandten der königlichen Familie, den holländischen Ministerpräsidenten Colijn, den Kommandeur des Feldheeres Leutnantgeneral Roell, verschiedene Chefs der im Haag akkreditierten Missionen und zahlreiche Mitglieder der holländischen Regierung und des Diplomatischen Korps begrüßen.

Begegnung zwischen zwei entthronten Königen.

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur aus Wien meldet, traf der Herzog von Windsor, der frühere König Eduard VIII., am Donnerstag in Wien mit dem ehemaligen König Alfons XIII. von Spanien zusammen, der von der Beisetzung des Erzherzogs Friedrich heimkehrte. Beide frühere Monarchen nahmen gemeinsam im Hotel Imperial das Frühstück ein. Dann reiste Alfons XIII. nach München ab, der Herzog von Windsor aber kehrte auf das Schloss Gnasfeld zurück.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Pünktlichkeit angedeutet.

Bromberg, 9. Januar.

Wenig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Fortdauer des trockenen Frostwetters an.

Großkampftage.

Großkampftage, ja geradezu Großkampftage ist für die deutschen Wohlfahrtsorganisationen in Westpreußen die Zeit vor den großen Feiern. Besonders in der Weihnachtszeit gibt es da keine festen Dienststunden. Bis spät in den Abend, sogar in die Nacht hinein, muß gearbeitet werden, denn es gilt, den leidenden Volksgenossen im weiten Lande eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Wer nicht einmal in diesen Arbeitsstätten gewesen ist, macht sich schwerlich einen Begriff davon, welche Miesarbeit hier bewältigt werden muß. Seit Wochen wurden die Adressen der Bedürftigen gesammelt. Aus Lodz, Wolynien und Oberschlesien, diesen drei Notstandsgebieten, hat man die Namen der Bedürftigen zusammengetragen, dazu die Angaben über die Familienverhältnisse aufgeschrieben. Diese Adressen mit den Angaben sind dann wieder an die einzelnen Ortsgruppen weitergeleitet worden, damit die Volksgenossen selbst Pakete packen und den Inhalt den aus den Angaben ermittelten Bedürfnissen der zu besuchenden Familie anpassen können. Tausende solche Pakete sind hinausgegangen. Aber dann liefen noch immer neue Adressen ein und es galt aus den Beständen der Organisationen selbst Pakete zum Versand zu bringen. Oft noch in letzter Minute wurden Reis und Zucker und Mehl, einige warme Sachen und was sonst zur Verfügung stand, schon verpackt, mit einem Tannenzweig und einem Weihnachtsgruß versehen, zur Post gebracht. Ein Strom von Weihnachtsfreude ergoß sich über unsere Notstandsgebiete.

Unbekannte schickten Fremden Weihnachtspakete. Das Wissen allein, daß es sich um Volksgenossen handelt, von denen uns unsere Vertrauensleute mitgeteilt hatten, daß sie sich in Not befänden, genügt, um in uns die Verpflichtung wachzurufen: Hier mußt du helfend eingreifen. Und nun kommen die Dankesbriefe! Von unbekannter Gegend und ungelener Hand oft geschrieben, treffen die Zeilen ein, die von Freude sprechen. Eine Freude hat sich dieser Menschen bemächtigt, die plötzlich empfunden haben, daß das Wort von der Volksgemeinschaft keine hohle Phrase ist.

Es ist schön, daß zur Weihnachtszeit dieses Bewußtsein in unseren Volksgenossen aufgeflammt wird. Aber noch schöner ist es, wenn auch im neuen Jahr mehr und mehr dieses Bewußtsein alle Volksgenossen erfüllen und verpflichten wird. **NHK.**

§ Apotheken-Nacht- und Sonntagsdienst haben vom 7. bis 11. Januar früh: Zentral-Apothek, Danzigerstraße Nr. 27, und Löwen-Apothek, Chausseestraße (Grunwaldstraße) Nr. 37; vom 11. bis 18. Januar früh: Pfaffen-Apothek, Elisabethstraße (Sniadeckisch) 49, und Goldene Adler-Apothek, Friedrichsplatz (Rynek Marja, Pilsudskiego) 1.

Konditorei Gien. Alles Gebotene erstklassig. Der gute Kaffee und das beste Gebäck. 1201

§ Eine Warnung erläßt die Polizeibehörde an alle Fahrradbesitzer. Angesichts der sich ständig mehrenden Fahrraddiebstähle ergibt die Aufforderung, Fahrräder nicht unbeaufsichtigt und ungeichert auf Straßen, in Korridoren oder vor Geschäften und Ämtern stehen zu lassen. Gleichzeitig richtet die Sicherheitsbehörde eine Warnung an alle Kaufleute, Bankunternehmen usw., Geldbeträge nicht über Nacht in Schränken oder Schubfächern zu belassen, da gerade in der jetzigen Zeit dadurch dem Verbrechertum ein unverantwortlicher Vorstoß geleistet wird.

§ Geflügelzüchterverein, gegr. 1891. Am Sonntag fand die in Aussicht genommene Besichtigung der Zucht von Herrn Gaedke statt, die alle Besucher außerordentlich erfreute. Die neuzeitlichen Stallungen, das große Gelände, die schöne Herde gesunder, frischer Rhodeländer boten einen ächterischen Genuß. — Die letzte Sitzung leitete der stellvertretende Vorsitzende Bruno Gutb. Es wurden Bestimmungen über die vom 26. Februar bis 1. März d. J. festgelegte Ausstellung getroffen. Diese soll, wie immer, im Saal von Alt-Bromberg stattfinden und wird Geflügel, Ziergeflügel, Tauben und Kaninchen umfassen und mit erstklassigen Tieren besetzt werden. Alsdann hielt der stellvertretende Vorsitzende einen Vortrag über Kaffee-Campbell-Enten, die in ihrer Lebendigkeit, Frische und Ausdauerlosigkeit einen reizenden Anblick bieten und auch als fleißige Legeenten zu empfehlen sind. Frau Dr. Dieb zeigte ein Paar prächtige Exemplare. Die Versammlungsteilnehmer blieben noch längere Zeit gemütlich beisammen.

§ Eine Weihnachtsfeier veranstalteten die Mitglieder des Verbandes der Post- und Telegraphen-Beamten am vergangenen Mittwoch im großen Saale bei Paker. Etwa 1000 Personen nahmen an der Veranstaltung teil mit Direktor Ing. Kozubek an der Spitze. Nach einem Prolog und musikalischen Darbietungen des Orchesters wurden einige Ansprachen gehalten und sodann ein Theaterstück aufgeführt, das großen Beifall fand.

§ Ein Feuer entstand am Freitag mittag im Hause Dragenerstraße (Mauzka) 10. In der Nähe eines Ofens war Holz in Brand geraten. Die alarmierte Feuerwehr konnte in kurzer Zeit jede Ausbreitungsgefahr beseitigen. — Am Donnerstag gegen 8 Uhr abends wurde die Feuerwehr nach dem Hause Wilton-Platz (Plac Wegsienhoffa) 2 alarmiert, wo von einem Christbaum aus die Gardinen eines Zimmers in der Wohnung des Ing. Dr. Litz Feuer gefangen hatten. Auch hier war in kurzer Zeit jede Gefahr beseitigt.

§ Aus dem Gerichtssaal. Eine Butterhändlerin hatte sich vor dem hiesigen Bürgergericht wegen Betrugs zu verantworten. Die Angeklagte, die 77-jährige Marianna Snaleska, hatte in der Markthalle Butter verkauft, wobei an jedem Pfund 15, 20 und 30 Gramm fehlten. Die S. wurde zu einer Geldstrafe von 30 Zloty verurteilt. — Der 27-jährige Arbeiter Silvester Wojczak hatte im November v. J. von einem Wagen des Landwirts Jan Wojnar fünf leere Säcke und zwei Paar Kinderstühle entwendet. Der Angeklagte, der sich zur Verhandlung nicht gestellt hatte, wurde in Abwesenheit zu einem Monat Arrest mit dreijährigem Strafausschub verurteilt.

§ Einbruch und Diebstahl. Bei einem Einbruch in die Wohnung von Wladyslaw Dritter, Brückenstraße (Mostowa) 2, wurden verschiedene Wertgegenstände gestohlen u. a. eine silberne Damenuhr mit Armband, ein Trauring, ein Paar goldene Ohrringe, ein weiteres Paar mit schwarzen Steinen, ein goldener Ring und vier Medaillen. — Aus der Wohnung von Charlotte Sonnenberg, Chausseestraße (Grunwaldstraße) 140, wurden ein leeres Geldtäschchen, zwei goldene Ringe mit Brillanten und roten Steinen, eine Puderbox und eine elektrische Laterne gestohlen. — Aus der Wohnung von Dr. Teodor Brandowski, Vollmannstraße (Krafcowska) 9, wurde eine Damenarmbanduhr im Werte von 80 Zloty entwendet. — Unbekannte Täter schlugen ein Schaufenster in dem Altwarengeschäft von Maria Poppe, Gronerstraße 4, ein und stahlen daraus zwei Paar Schuhe.

§ Wegen Diebstahls hatte sich vor dem hiesigen Bürgergericht der 27-jährige Maurer Henryk Nadecki zu verantworten. Der Angeklagte hatte im September v. J. dem Maksymilian Radler eine Fahrradlampe gestohlen. N. bekennt sich nicht zur Schuld und gibt an, daß er die Fahrradlampe von einem Mann namens Antoni Kraka gekauft habe. Das Gericht verurteilte ihn nur wegen Hehlerei zu sechs Monaten Gefängnis mit vierjährigem Strafausschub. — Wegen desselben Vergehens hatte sich der 29-jährige Arbeiter Edmund Wzescz zu verantworten. W. stahl gleichfalls eine elektrische Fahrradlampe zum Schaden des Landwirts Edmund Frey. Der Angeklagte, der bereits mehrfach vorbestraft ist, wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Mut.

Als Stefan de Colonna in die Hand verräterischer Angreifer fiel, fragten sie ihn spöttisch: „Wo ist jetzt deine Festung?“ — „Hier!“ antwortete er kühn, indem er seine Hand auf sein Herz legte.

Zu Luther sagte einer, ihn mahnend, sein Leben zu schonen: „Herzog Georg wird euch gewiß gefangen nehmen.“ Da antwortete er: „Es ist meine Pflicht zu gehen und gehen will ich, ob es gleich neun Tage Herzog George regnete.“

§ Wegen Widerstandes gegen die Polizeigewalt hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts der 27-jährige, hier wohnhafte Arbeiter Wladyslaw Pichota zu verantworten. Im Oktober v. J. wurde P. vor dem hiesigen Bahnhof wegen Ruhestörung von dem Polizisten Wilczynski in Haft genommen. Während seiner Abführung nach dem Kommissariat setzte er dem Beamten Widerstand entgegen. Das Gericht verurteilte ihn zu 2½ Monaten Arrest.

§ Wer sind die Besitzer? Die Polizei in Znin hat in dem Dorf Wladyslawin, Kreis Gryn, bei einem Diebstahl Gegenstände, die von Diebstählen herrühren, beschlagnahmt: Eine Tischdecke, sechs Bettbezüge für Kissen, ein Unterrock, ein Herrenhemd, zwei Bettdecken, ein Damenhemd, ein Bettlaken, ein Paar Herrenunterhosen, ein Unterrock und Damenkleider. Die rechtmäßigen Eigentümer können sich zur Entgegennahme ihres Besitzes bei dem Polizeikommando in Znin melden.

§ Sehr regen Verkehr hatte der heutige Wochenmarkt auf dem fr. Friedrichsplatz (Rynek Marja, Pilsudskiego) aufzuweisen. Angebot und Nachfrage hielten einander die Waage. Zwischen 9 und 10 Uhr forderte man für Molkereibutter 1,30—1,40, Landbutter 1,20—1,30, Tislerkäse 1,20, Weiskäse 0,20—0,25, Eier 1,50—1,60, Weiskohl 0,08, Rotkohl 0,10, Wirsingkohl 0,10, Blumenkohl 0,30—0,40, Rosenkohl 0,35, Zwiebeln 2 Pfund 0,15, Kohlrabi 0,20, Mohrrüben 0,10—0,15, Suppengemüse 0,05, Radieschen 0,20, rote Rüben 2 Pfund 0,15, Apfel 0,20—0,40; Gänse 6,00—7,00, Puten 4,00—6,00, Hühner 2,00—3,50, Enten 3,00—4,50, Tauben Paar 1,00, Speck 0,80, Schweinefleisch 0,65—0,70, Kalbfleisch 0,70—0,90, Hammelfleisch 0,60—0,70; Schote 0,90—1,10, Schale 0,80—1,20, Barbe 0,60—0,80, Karpfen 1,10; Hasen 2,80—3,00 Zloty.

Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Freundinnen-Verein. Montag, den 11. d. M. 4 Uhr: Jahresversammlung im Gynasium. 568

§ Argentin (Gniwskowo), 8. Januar. Der letzte Jahrmarkt war wieder sehr schwach besucht und besetzt. Rüsse waren zirka 25 Stück aufgetrieben, für welche 140 bis 200 Zloty gezahlt wurden. Der Handel war sehr schleppend. Auf dem Krammarkt sah man genügend Waren, doch war nur sehr wenig kaufstüchtiges Publikum erschienen. Jüdische Händler waren nicht vertreten.

Unbekannte Diebe stahlen bei dem Besitzer Filipiak in Chastawa zwei Pelze, Garderobe, Wäsche, sowie Fleischwaren von einem geschlachteten Schwein. Der Gesamtschaden beträgt 600 Zloty. Die Polizei hat eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Bei der Treibjagd in Skalmierowo und Bierzchowice wurden 160 Hasen erlegt. Jagdkönig wurde Herr Heineke-Wybranowo mit 20 Hasen. — Bei der Treibjagd in Gopert wurden 68 Hasen erlegt. Jagdkönig wurde Administrator Hagener.

§ Budzyn, 8. Januar. In einer der letzten Nächte drangen Diebe in die Mühle des Besitzers Brombel und stahlen 600 Zloty. — In Siebenhölzchen (Dziwoflucz) verschafften sich Diebe durch Ausheben eines Loches in einen ganz neuen massiven Stall Eingang und stahlen dem Besitzer Paul Neumann drei Schweine. — In Radwonke (Radwaniki) stahlen Diebe dem Besitzer Hoffmann 5 Zentner Roggen und ebenfalls dem Besitzer Mehning in Katalowo 10 Zentner Roggen. Bis jetzt fehlt jede Spur von den Banditen.

§ Grone (Koronowo), 8. Januar. Der Bund deutscher Säger und Sägerinnen, Ortsgruppe Grone, veranstaltete im Grabina-Wäldchen sein diesjähriges Winterfest. Stello Vorsitzender Kranke begrüßte mit kurzen Worten die so zahlreich erschienenen Gäste. Die aktiven Säger begrüßten hierauf die Gäste mit einem kräftigen „Grüß Gott“ und „Zied hoch“, und anschließend

hieran folgten dann sehr schön vorgetragene Volkslieder, die sehr reichen Anklang fanden. Auch das Singpiel „Eine fidele Gerichtsverhandlung“ von Hünze hatte seinen Zweck nicht verfehlt, und löste immer wieder Lachsalven aus. Zum Abschluß brachte dann der Männerchor den zweiten Teil seines Programms zu Gehör, und zwar lustige Volkslieder. Der anschließende Tanz vereinigte noch alle Freunde bis in den frühen Morgen.

§ Czarnikau (Czarnków), 8. Januar. Wie erst jetzt bekannt wird, wurde in der Neujahrnacht auf den Gastwirt und Invaliden Emil Wendland in Przenychowo von einer Gruppe Nowdys ein Überfall verübt. Zunächst wurde ein zehn Meter langer Gartenzaun umgebrochen und fortgeschleppt. Dann drangen die Übeltäter auf den Hof und rissen die Radioantenne nieder. Als der Besitzer sich auf das Bellen des Hundes auf den Hof begab, wurden etwa zehn Zaunpfähle mit den daran befindlichen Nägeln auf ihn geschleudert. Wendland wurde von einigen an der linken Schulter getroffen. In der Dunkelheit konnten die Burschen unerkannt verschwinden.

§ Gnesen (Gniezno), 8. Januar. Heute wurde der hier wohnhafte Kommunist Jan Bamez, welcher am 17. Dezember v. J. mit anderen Genossen vor dem hiesigen Magistrat demonstrierte, nach Bereza Kartuska ins Konzentrationslager transportiert.

§ Inowroclaw, 8. Januar. In der Siedlung an der Blonie Straße wurde der zehnjährige Knabe Jan Ossowski durch eine Lobre erfaren. Mit einer schweren Verletzung wurde er ins Krankenhaus gebracht, wo man sofort eine Operation vornahm.

Einen gefährlichen Sturz erlitt der 27-jährige Malergehilfe Martin Kaminski. Als er die steile Straße von der Bahnhofstraße entlangfuhr, brach das Fahrrad zusammen und K. stürzte mit voller Wucht auf das Straßenpflaster, wo er längere Zeit bewegungslos liegen blieb.

§ Kruschwitz, 8. Januar. Einen Unglücksfall erlitt der Landwirt Anton Panienowski in Szarley. Er kam mit dem vollgeladenen Heuwagen die steile Chaussee herunter, als plötzlich die Pferde scheuten. P. stürzte vom Wagen und brach sich das linke Bein.

§ Mogilno, 8. Januar. In die Wohnung des Landwirts Hermann Weiß in Olsza brachen zwei Diebe ein und stahlen Kleidung und Wäsche im Gesamtwert von 500 Zloty. Als der Diebstahl bemerkt worden war, und die Täter die Flucht ergriffen, gaben sie mehrere Schüsse ab, von denen eine Kugel im Türhüter stecken blieb.

Nach einer Rücksprache des Kreisstarosten mit Vertretern des Bäckerhandwerks wurde am 7. d. M. der Preis für ein Roggenbrot von 1½ Kilo Gewicht auf 48 Groschen erhöht.

In unserer Stadt werden zum Anbringen von Plakaten, Bekanntmachungen usw. zwei Kistkästen aufgestellt.

Auf der hier stattgefundenen ordentlichen Mitglieder-versammlung des Einkaufs- und Absatzvereins wurden der Revisions- und Geschäftsbericht nebst Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung per 30. Juni 1936 einstimmig angenommen. Ferner wurde ein Voranschlag in Höhe von 37 380 Zloty für 1936/37 genehmigt und die Landwirte Dummer aus Góra und Hartfiel aus Trokan wieder in den Aufsichtsrat gewählt.

Auf der hier am Mittwoch von den Mitgliedern der Ortsgruppen Mogilno und Chabko von der Besetzung abgehaltenen freistündigen Generalversammlung wurde beschlossen, in Zukunft die Sitzungen für beide Ortsgruppen abwechselnd in Mogilno und Chabko abzuhalten.

§ Rakel (Raklo), 7. Januar. Einen Selbstmordversuch verübte ein Rentier, der sich erhängen wollte. Er wurde in hoffnungslosem Zustande durch die Rettungsbereitschaft ins Rakeler Krankenhaus geschafft.

Ein dreier Diebstahl wurde von unbekannten Tätern in der Wohnung des Friseurs Rozma in Rakel verübt. Der Friseur, der um 2 Uhr nachmittags seine Wohnung für zwei Stunden verließ, mußte nach seiner Rückkehr bemerken, daß alle nur tragbaren Gegenstände, wie Kleidungsstücke, Wäsche, Bilder und vieles andere mehr verschwunden waren. Von den Dieben fehlt bisher jede Spur.

§ Palosch, 8. Januar. In Jalschik entstand ein Brand, der das Wohnhaus der Frau Rozial vollständig in Asche legte. Das Feuer griff so schnell um sich, daß vier Mieter nur das allernotwendigste zu retten vermochten. Der Schaden beziffert sich auf 10 000 Zloty.

§ Strelno (Strzelno), 6. Januar. Im Laden des Kaufmanns Mielezynski in Nowyeczyn entstand Feuer. Beim Löschen desselben erlitt dessen 20-jähriger Sohn Jan derartige Brandwunden an den Händen und im Gesicht, daß er ins Strelnoer Krankenhaus geschafft werden mußte.

Unbekannte Buben hatten in der Silvesternacht in der Ortschaft Bronislaw die Schornsteine in mehreren Häusern mit Stroh verstopft, wodurch leicht ein Massenbrand hätte entstehen können. Die Polizei fahndet nach den fahrlässigen Brandstiftern.

Die 23-jährige Tochter des Gutsjägers Reich in Marfowicz stürzte auf einem glatten Fußsteig so unglücklich, daß sie sich das linke Bein brach und den Fuß ausrenkte. Sie wurde ins Strelnoer Krankenhaus gebracht.

Am Montag demonstrierten vor dem hiesigen Magistrat ca. 200 Arbeitslose. Es wurden den Demonstranten einseitige Arbeiten zugewiesen, worauf sie auseinander gingen.

Die 75-jährige Arbeiterin Katarzyna Przejask aus Sufomy fiel so unglücklich von einer Leiter, daß sie einen linken Unterschenkelbruch erlitt. Ferner brach sich während der Feldarbeiten der Arbeiter Edward Kacmarek in Paluschin den linken Unterarm. Beide wurden im Strelnoer Krankenhaus untergebracht.

§ Weiskühse, 6. Januar. Am 5. d. M. erfolgte im Ochlschen Lokale hierseits die Eröffnung eines Winterfests der Westpreussischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft, an dem sich 32 junge Landwirte beteiligten. Der Kursus wird von dem Diplomlandwirt Bußmann geleitet.

Chef-Redakteur Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft Arno Ströbe; für Stadt und Land und die übrigen unpolitischen Teile: Marian Geyse; für Anzeigen und Nekrologie: Edmund Pranaodaki; Druck und Verlag von A. Dittmann, L. a. o. v., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 16 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“ und „Die Scholle“ Nr. 2.

Heute: „Illustrierte Weltanschauung“ Nr. 2.

**Verkauf von Registermark in Form von Schecks u. Zahlungsbriefen zur Bestreitung von Reisekosten,
sowie für Lebensunterhalts-, Studien- und Ausbildungskosten innerhalb Deutschlands.
Erledigung aller sonstigen Bankgeschäfte.**

**Ein spannendes, dra-
matisch-bewegtes
Filmwerk, das zum
unvergesslichen
Erlebnis wird!**

„Wir werden Madrid nehmen!“

Die spanische Vertreterin der „Abnischen Zeitung“, Frau E. Mahlau-Mann, ist vom Oberbefehlshaber des nationalen Nordheeres empfangen worden. Wir geben hier den Wortlaut der im Hauptquartier Molas geführten Unterhaltung wieder.

Avila, 25. Dezember 1936.

Es war gewiss nicht einfach, den berühmten General zu Gesicht zu bekommen. Seine militärischen Aufgaben rufen ihn plötzlich von Avila ab, sei es mitten in der Nacht oder zur Stunde des Mittagessens, so daß man schon auf der Lauer liegen muß, um ihn anzutreffen. Nach der oft unerwarteten Rückkehr häuft sich die Arbeit auf seinem Schreibtisch, von dringenden Beratungen, telephonischen Konferenzen und andern militärischen Dingen ganz zu schweigen. Am heiligen Abend gegen 19 Uhr, als ich mich gerade im Hauptquartier befand, wurde ich plötzlich zum General befohlen.

Der erste Eindruck überraschte mich. Keine martialische Erscheinung, der man das Kriegshandwerk sofort ansieht, keine gewollt machtvollen Gesten oder Mienen, die ja bei einer Persönlichkeit von derartiger Bedeutung nicht befremden würden. Nichts von alledem. Die hohe feine Gestalt des Generals verrät Kraft und Zähigkeit. Das stille, durchgeistigte Gesicht dieses Neunundvierzigjährigen ist das eines Alzeten, das eines Menschen, der nur Arbeit und Leistung kennt, der sein ganzes Leben in den Dienst eines Werkes stellt und der nicht nach Ruhm und Anerkennung fragt. Die Befriedigung sucht er in sich selbst und in der Pflichterfüllung. General Mola ist bekannt durch seine gütige Strenge, seine Opferbereitschaft und nicht zuletzt durch seine militärische Begabung und Instinktsicherheit. Seine größte Stärke ist Klarheit und Sauberkeit des Denkens. Im übrigen hat der General auch eine Reihe sehr guter politischer Bücher geschrieben, die viel gelesen wurden.

Er spricht knapp und sicher, in einem weichen, sehr kultivierten Spanisch, aber ohne den singenden Ton der Kubaner. General Mola stammt nämlich aus Cuba, aus Placetas in der Provinz Santa Clara, wo er als Sohn eines Generals zur Welt kam. Seine militärische Laufbahn begann der junge Mola 1904 in der Kriegsakademie Toledo, 1907 wurde er Offizier. Im Jahre 1909 siedelte er nach Marokko über, wo er dann fast sein ganzes Leben blieb. Doch immer wieder den General über sein persönliches Schicksal als Soldat selbst zu Wort kommen lassen.

Unsere Unterhaltung begann mit einer Frage über die Eroberung Madrids. Ich erzählte S. G., eine bekannte Persönlichkeit der nationalen Bewegung habe sich mir gegenüber geäußert, daß es in der Geschichte der Völker keinen Fall der Eroberung einer Landeshauptstadt wie Madrid gäbe: infolgedessen fehle die nötige Erfahrungsgrundlage und daher müsse dieses Problem sorgfältig studiert werden.

General Mola antwortete:

„Die Hauptstadt eines feindlichen Staates einzunehmen ist weder neu in der Geschichte, noch stellt es ein kompliziertes Problem in taktischer Hinsicht dar. Aber die Hauptstadt des eigenen Landes zu erobern, wenn das Interesse besteht, so wenig wie möglich Zerstörungen anzurichten und Menschenleben zu vernichten und, wenn die Gegner die Stadt besetzt haben, die Kerker überfüllt sind mit Gefangenen, die gerettet werden sollen, das ist äußerst schwierig. Und trotzdem: General Franco mit seinem klaren Talent hat einen Plan ausgearbeitet, dem wir Schritt für Schritt mit mathematischer Genauigkeit folgen werden. Wir werden Madrid einnehmen, ohne dabei die Stadt in einen Trümmerhaufen zu verwandeln und ohne dabei unseren Landsleuten, die den Zeitpunkt ihrer Befreiung heiß ersehnen, großen Schaden zu verursachen.“

Ich warf dann die Frage ein, warum sich die Verteidiger Madrids noch nicht ergeben hätten.

Ohne zu ärgern erwiderte darauf General Mola:



40% an Braddock — 22½% an Schmeling.

Wie hoch wird die Einnahme bei der Box-Weltmeisterschaft 1937? Schmeling's Kämpfe brachten bisher 9 Millionen Dollar.

Wenn Schmeling am 3. Juni 1937 in Amerika gegen James J. Braddock boxt, dann steht er zum vierten Mal in der Entscheidung der Boxweltmeisterschaft. 1930 wurde Schmeling im Kampf gegen Jack Sharkey Weltmeister, 1931 verteidigte er die Meisterschaft erfolgreich gegen Stribbing und 1932 verlor er den Titel durch eine Punktniederlage an Sharkey. In diesen drei Kämpfen wurde eine Gesamteinnahme von über 1,5 Mill. Dollar erzielt. Im Jahre 1929 hatte der Ausscheidungskampf von Schmeling gegen Paulino in New York eine Einnahme von annähernd 400.000 Dollar ergeben. Nach dem Verlust der Boxweltmeisterschaft an Sharkey brachte Max Schmeling's New Yorker Kampf gegen Walter (1932) noch eine Einnahme von 180.000 Dollar. Als Schmeling dann 1933 gegen Max Baer kämpfte, flossen 240.000 Dollar in die Kassen. Im Juni v. J. bei dem Zusammentreffen Schmeling-Louis liegt die Einnahme auf 550.000 Dollar. Wenn man die anderen Kämpfe in New York von Schmeling hinzurechnet, dann ergibt sich die Feststellung, daß der deutsche Boxweltmeister in seinen amerikanischen Kämpfen den Veranstalter rund 3 Mill. Dollar Einnahmen gebracht hat.

Diese Ziffern zeigen am besten, welche Bedeutung Max Schmeling für den amerikanischen Boxsport hatte und auch heute noch hat. Kein anderer Boxer hat in Amerika so viele und große Kämpfe geliefert, sogar Dempsey und Tunney kommen nicht mit, denn die beiden Titelfämpfe dieser großen Boxer in den Jahren 1926 und 1927 mit dem phantastischen Einnahmehaushalt von 1.895.793 und 2.658.660 Dollar waren Ausnahmefälle, die zudem noch in die Zeit der größten Prosperität fielen. Braddock, der Inhaber der Boxweltmeisterschaft, kann in dieser Beziehung keinen Vergleich mit Schmeling aushalten. Als Braddock vor der Zulassung zu dem Titelfkampf mit Baer eine letzte Ausscheidung gegen Kasz befürchtete, betrug die Einnahme 22.426 Dollar. Der Titelfkampf von Baer gegen Braddock brachte dann 205.366 Dollar. Es hat in den letzten Jahren nur einmal eine noch geringere Einnahme gegeben und zwar 1933, als Sharkey gegen Carnera trat. Damals wurde mit 198.259 Dollar ein „Minus-Rekord“ in der Boxweltmeisterschaft erreicht. Einen Aufschwung brachte 1934 die Begegnung Carnera-Baer mit 428.392 Dollar. Man vergleiche mit diesen Zahlen die Erträge der Titelfämpfe von Schmeling 1930 gegen Sharkey (749.935 Dollar), 1931 gegen Stribbing (385.000 Dollar) und 1932 gegen Sharkey (420.000 Dollar). Man muß bei der Bewertung dieser Zahlen noch berücksichtigen, daß Jack Sharkey in New York niemals ein sehr populärer und ausdauernder Boxer war, und daß der Kampf von Schmeling gegen Stribbing in Cleveland ausgetragen wurde. Schmeling's erster Weltmeisterschaftskampf im Jahre 1930 brachte bemerkenswerter Weise aber sogar eine höhere Einnahme als der letzte Titelfkampf von Tunney gegen Tom Denehy im Jahre 1928. Da damals lediglich 651.000 Dollar eingenommen wurden.

Es läßt sich heute schwer abschätzen, wieviel Dollar der Kampf Braddock-Schmeling am 3. Juni bringen wird. Braddock ist kein Lausmaget wie Joe Louis und außerdem erwartet man

„Madrid ist augenblicklich in Händen entseelter Ausländer. Ihnen ist es vollständig gleichgültig, wenn von der Hauptstadt nur noch Ruinen übrigbleiben. Die Marginalen aller Richtungen sind Menschen ohne Vaterland. Ihre Führer haben mit dem Goldraub der spanischen Bank nicht nur ihre Zukunft gesichert, sondern auch die Bezahlung ihrer Schulden. Wenn der Augenblick ihrer Niederlage gekommen ist, verschwinden sie in einem Flugzeug, um sich so der Justiz zu entziehen.“

Es lag mir daran, aus dem Mund des Generals etwas über ihn selbst zu erfahren. Die Antwort auf meine erste Frage, welche Aufgabe ihn vermutlich nach dem Sieg der nationalen Bewegung im neuen Spanien erwarten würde, meinte er: „Ich weiß nicht, was nach dem Sieg unserer Bewegung mit mir sein wird. Mein Wunsch wäre allerdings, mich ins Privatleben zurückzuziehen. Meine letzten Jahre in einem stillen Winkel der Berge von Navarra zubringen zu können.“

Nur widerstrebend ging dann der General auf meinen Vorschlag ein, mir einiges aus seinem Leben, über seine militärische Laufbahn zu erzählen, denn er spricht nur sehr ungern über seine eigene Person. Aber schließlich wollte er mir meine Bitte doch nicht ablehnen.

— 1909 siedelte ich nach Marokko über, erlangte dort den Rang eines Hauptmanns, dann den des Majors. Den Generalstitel erhielt ich wegen kriegerischer Verdienste. Ich habe in Afrika jederzeit 185 Kämpfe mitgemacht. Die für mich bedeutendste Tat meines Lebens? Sie war die Verteidigung Dar-Akkobas. Wir waren dort 29 Tage von den Marokkanern belagert. Ein andermal marschierte ich mit 5000 Mann 200 Kilometer weit durch feindliches Gebiet, durch die Reibenzonen von Retama, Tagfur, Beni-Gernel, Ajmas, wo wir die gefährliche Rebellion niederschlugen.

Als General wurde ich dann 1930 zum Polizeipräsidenten von Madrid ernannt. Beim Sturz der Monarchie legte ich mein Amt nieder. Die republikanischen Machthaber verhafteten mich und stellten mich vor das Gericht und entledigten mich aller Ämter und Würden. Zwei Jahre später nach dem Wahlsieg der Rechten erhielt ich meinen Rang wieder zurück. Ich wurde der Befehlshaber der militärischen Streitkräfte Marokkos.

„Meine Familie? Mein alter Vater hielt sich bei Ausbruch der Bewegung in Barcelona auf. Die Roten hielten ihn auf dem Dampfer Uruguay gefangen, und er stand kurz vor der Erschießung. Er konnte sich retten und lebt jetzt in Pamplona. Mein Vater hat eine wahre Odyssee durchgemacht, und diese zu erzählen, würde eine lange Geschichte werden. Von vier Söhnen meines Vaters bin nur ich noch am Leben. Mein Bruder Ramon war am 18. Juli in Pamplona. Ich selbst gab ihm dort den Auftrag, sich nach Barcelona zu begeben, um in der katalanischen Hauptstadt den Aufstand einzuleiten. Er schied mit der Gewissheit, den sicheren Tod zu finden, denn wir wußten, daß dort die Ausichten für unsere Sache sehr schlecht waren. Mein Bruder — er war Infanteriehauptmann — wurde von den Roten ermordet. Er hat mit seinem Tode seinen Namen und Spanien geehrt. Ich selbst war am 18. Juli in Pamplona als Kommandeur meiner Brigade und stellte mich sofort an die Spitze der Erhebung. Noch in derselben Nacht übernahm ich die Befehlsgewalt über die 6. Division, zu der Burgos gehörte, ferner Palencia, Logrono, Navarra, Alava, Guipuzcoa, Bizcaya und Santander. In den drei letzten Provinzen schlug die Sache fehl. Die Regimentskommandeure hatten Verrat geübt. Am 21. Juli begab ich mich nach Burgos und übernahm das Oberkommando über die gesamte Nordarmee, bestehend aus der 5., 6., 7. und 8. Division.“

Mit einem Hoch auf Spanien, das der General mit einem „Viva Alemania“ beantwortete, verabschiedete ich mich vom Oberbefehlshaber des nationalen Nordheeres.



Das Menschenleben ist eine fortgehende Schule. Der Staatsmann wie der Bauer muß jeden Morgen die Erfahrungen von gestern sammeln, das Verbauchte umwenden und erneuern; unsere Seele muß, wenn sie nicht verkommen will, jeden Tag ihre Wäsche wechseln.

Gottfried Keller.



vielfach von ihm auch keine große Leistung. Immerhin hat Braddock als Inhaber der Boxweltmeisterschaft den Vorteil, daß die Vereinbarungen ihm einen Anteil von 40 Prozent an der Einnahme zusichern, während Schmeling mit 22½ Prozent zufrieden sein muß. In finanzieller Hinsicht wird Schmeling daher nicht so gut wie früher abschneiden. Nach den Niederlagen gegen Sharkey hatte er a. B. 1932 bei seinem Zusammentreffen mit Walter noch eine Garantie von 150.000 Dollar! Der deutsche Boxweltmeister hatte aber wiederholt erklärt, daß es ihm bei dem Kampf gegen Braddock in erster Linie auf die sportliche Seite ankomme.

Nach amerikanischen Meldungen planen die amerikanischen Veranstalter, den Preis für die Ringplätze auf 40 Dollar festzusetzen. Angeblich rechnet man mit einer Einnahme von einer Million Dollar. Man darf aber wohl annehmen, daß sich diese übertriebenen Erwartungen nicht erfüllen werden. Dagegen ist es durchaus denkbar, daß im Falle eines Sieges von Schmeling bei einem zweiten Titelfkampf gegen Joe Louis die Millionen-grenze noch einmal erreicht oder gar überschritten wird.

Die erste Springinturren in Garmisch.

Die erste diesjährige Springinturren in Garmisch zeigte den Hiesiger Brab, der Sprünge von 76 und 77 Metern erreichte. Zweiter wurde Kraus mit Sprüngen bis 74 Metern.

Erfolg des WSB Rattowig.

Der alljährlich erscheinende Kalender des Polnischen Eiserbundes bringt wie immer auch in diesem Jahr 1936—37 eine Berichterstattung der Eiserbunde Polens hinsichtlich der errungenen Sportabzeichen. Erstmalig ist es nun dem Schlesischen Wintersportverein Rattowig gelungen, sich für den Winter 1935—36 an die Spitze der polnischen Vereine zu setzen. Mit 63 Punkten führt er vor der Skatteilung des WSB Canol mit 54 Punkten und dem WSB Krakau mit 12 Punkten. In der Wertung um den Pokal des Herrn Staatspräsidenten steht der WSB an fünfter Stelle, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß diese Wertung alle Sportabzeichen seit 1926 summiert, der WSB sich aber erst seit 1931 an den Kämpfen um den Pokal beteiligt. Der im letzten Winter errungene Pokal an der Spitze der Vereine ist ein schöner Beweis für die geleistete Arbeit des WSB. — Das diesjährige Rennen um das Sportabzeichen des WSB findet am 1. März in Sackville statt. Es wird heute schon auf diesen Termin aufmerksam gemacht, um jedem deutschen Sportsmann und Turner Gelegenheit zu geben, sich auf die Teilnahme daran vorzubereiten. Das Rennen findet im Rahmen der 3. internen deutschen Stilkämpfe in Polen statt.

Deutsche Vereinigung.

Versammlungskalender.

- Dg. Zempelburg. 9. 1., 19 Uhr, Mittgl.-Vers.
Dg. Ditterau. 9. 1., 18 Uhr, Mittgl.-Vers. (Bildervortrag) b. Stern.
Dg. Rolando. 9. 1., 16 Uhr, Mittgl.-Vers. (Bildervortrag) bei Sippel in Maximilianow.
Dg. Gogolink. 9. 1., 18 Uhr, Mittgl.-Vers., ansl. Jahresfest.
Dg. Janowik. 9. 1., Winterfest im Kaufhaus.
Dg. Drischmin. 9. 1., 18 Uhr, Mittgl.-Vers. in Falkenhof.
Dg. Goglerhausen. 10. 1., 16 Uhr, Mittgl.-Vers. im Hotel Paul.
Dg. Wroslgen. 10. 1., 16 Uhr, Jahresfest in Rosowo.
Dg. Rantel. 10. 1., 20 Uhr, Mittgl.-Vers.
Dg. Schullik. 10. 1., 17 Uhr, Mittgl.-Vers. (Bildervortrag) bei Rodewald.
Dg. Wissef. 10. 1., Mittgl.-Vers.
Dg. Witolowo. 11. 1., 18 Uhr, Mittgl.-Vers. (Bildervortrag) bei Döllge.
Dg. Wilhelmssort. 12. 1., 16.30 Uhr, Mittgl.-Vers. (Bildervortrag) bei Protokowica.
Dg. Farlowo. 13. 1., 14 Uhr, Mittgl.-Vers. (Bildervortrag) b. Reiner.
Dg. Romanowo. 12. 1., 18 Uhr, Mittgl.-Vers. bei Wegner.
Dg. Bachowik. 13. 1., 18 Uhr, Mittgl.-Vers. (Bildervortrag) bei Rafonowicki.
Dg. Rogasen. 13. 1., 19.30 Uhr, Mittgl.-Vers. bei Zonn.
Dg. Kolmar. 14. 1., 20 Uhr, Großer Lichtbildervortrag von Schriftleiter Geyke: „Polens Landschaften, Städte und Volksstämme“. Kino Metropol.
Dg. Belnan. 14. 1., 17 Uhr, Mittgl.-Vers. bei Redajora in Robno.
Dg. Bachowik. 16. 1., 18 Uhr, Mittgl.-Vers. bei Gols.
Dg. Sochno. 16. 1., 19 Uhr, Mittgl.-Vers. (Bildervortrag) in Grünthal.
Dg. Radewik. 16. 1., 19 Uhr, Mittgl.-Vers. bei Hausel-Pudewik.
Dg. Rojewo. 16. 1., 17 Uhr, Mittgl.-Vers. (Bildervortrag) bei Schmidt-Rojewice.
Dg. Radlowo. 17. 1., 17 Uhr, Mittgl.-Vers. bei Kietke-Sedowo.
Dg. Balban. 17. 1., 17 Uhr, Mittgl.-Vers. (Bildervortrag) bei Gdowicki.
Dg. Gulin. 17. 1., 15 Uhr, Mittgl.-Vers. im Vereinshaus.
Dg. Krosien. 17. 1., 14 Uhr, Mittgl.-Vers. bei Schmidt.
Dg. Argentan. 17. 1., 17 Uhr, Mittgl.-Vers. (Bildervortrag) bei Drzewiecki.
Dg. Nischenwalde. 17. 1., 16.30 Uhr, Mittgl.-Vers. bei Kiese.
Dg. Rella. 18. 1., 18 Uhr, Mittgl.-Vers. bei Zuber in Brzeczno.
Dg. Eichdorf. Kreisprotokoll. 18. 1., 19 Uhr, Mittgl.-Vers. (Bildervortrag) in Konarzemo.
Dg. Spital. 18. 1., Mittgl.-Vers. (Bildervortrag) bei Smindes-Gaffi.
Dg. Jamarie. 19. 1., Mittgl.-Vers. (Bildervortrag).
Dg. Strelno. 20. 1., 19 Uhr, Mittgl.-Vers. mit ansl. Bildervortrag im Deutschen Vereinshaus.
Dg. Jordan. 21. 1., 18 Uhr, Vortrag Dr. Rudolph bei Krieger.

Bei Kopfschmerzen, Schwindel, Ohrensausen, gestörtem Schlaf, schlechter Laune, gereizter Stimmung reise man sofort zu dem altbewährten „Franz-Josef“-Bitterwasser. Ärztlich bestens empf. 1108

Marshall Smigly-Rydz wieder hergestellt.

Die Polnische Telegraphen-Agentur verbreitet folgende Meldung:

Marshall Smigly-Rydz hat seine Gesundheit wiedererlangt und vor einigen Tagen die Amtsgeschäfte wieder übernommen.

Bekanntlich war Smigly-Rydz vor einem Monat an einer Angina erkrankt, hatte aber bereits während der Rekonvaleszenz das Bett verlassen. Dies hatte zur Folge, daß sich in der Kehle ein Geschwür bildete. In dieser Zeit empfing der Marshall niemand, und infolge seiner ersten Krankheit nahm er nicht einmal an dem Neujahrsempfang im Schloß teil.

Wie die polnische Presse weiter erfährt, wird sich Marshall Smigly-Rydz in der nächsten Zeit zu einer mehrwöchentlichen Erholung nach Zakopane begeben.

*

Judenfeindliche Ausschreitungen auf einem Jahrmak.

In Gyzewo im Wjsofo-Mazowieckier Kreise kam es am Dienstag während des Jahrmakts zwischen polnischen und jüdischen Händlern zu einem Konflikt, der, wie die Polnische Telegraphen-Agentur meldet, von halbwegsigen Burken zu antisemitischen Ausschreitungen benutzt wurde. Die Polizei, die die Ruhe wieder herstellen wollte, wurde von der Menge angegriffen. Bei den Ausschreitungen wurden vier Personen empfindlich verprügelt und zehn Personen erlitten leichte Verletzungen. 41 Personen wurden verhaftet. Im Laufe der Ausschreitungen ereignete sich auch ein bedauernder Unglücksfall. Bei dem Laden einer Pistole durch einen Polizisten frachte plötzlich ein Schuß, durch den zwei Frauen verletzt wurden.

*

Ras Juru wird auf eine italienische Insel verbannt.

Im Gegensatz zu den ersten Meldungen der italienischen Presse, die von einer Reise des Ras Juru nach Italien sprachen, berichten die italienischen Zeitungen am Donnerstag übereinstimmend aus Addis Abeba, daß Ras Juru auf Befehl Mussolinis nach Italien gebracht und auf eine italienische Insel verbannt werden wird. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß Ras Juru in den letzten Monaten den immer wieder an ihn gerichteten Aufforderungen zur Unterwerfung nicht Folge geleistet hat, sondern hartnäckig Widerstand leistete und seine Gefolgschaft gegen Italien aufzuwiegen versuchte.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein, anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnements-quittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

Hr. 28 Elmühle. Nach Ihrer Darstellung des Zwischenfalls glauben wir nicht, daß das Gericht Sie bestrafen wird, denn es handelt sich um „höhere Gewalt“, die der Kutscher abzuwenden nicht in der Lage war, den Schaden müssen Sie aber tragen.

„Sepolno.“ 1. Die Aufwertung kann bis 100 Prozent betragen, aber nur, wenn das belastete Grundstück in der Zwischenzeit seinen alten Wert beibehalten hat. Wenn es im Werte gefallen ist, so muß dies in der Aufwertung proportional zum Ausbruch kommen. Wenn die Grundstücke a. B. um 50 Prozent im Werte gefallen sind, was vielfach der Fall ist, dann beträgt die Aufwertung nur die Hälfte der Schuldsumme. Auf Ihren Fall angewendet, würden Sie, da die 4500 Mark in 3000 umgerechnet = 5555 Mark ausmachen, nur 2777 Mark zu zahlen haben. 2. Wenn Sie das Grundstück verkaufen, so würde es von dem Kaufvertrage abhängen, ob der Käufer nur die dingliche Schuld oder auch die persönliche übernimmt. Verpflichtet er sich ausdrücklich zur vollen Übernahme, dann würden Sie von der persönlichen Haftung entlastet, sonst aber nicht. 3. Daß die Erbin schon die dritte Gläubigerin ist (tatsächlich ist sie nur die zweite), hat keine Bedeutung; nicht auf den Wechsel in der Person des Gläubigers kommt es an, sondern auf den Wechsel in der Person des Schuldners.

Aussprache über die politische Neuordnung in Polen.

(Von unserem ständigen Warschauer
Berichterstatter.)

In den letzten Tagen wird in der gesamten polnischen Presse mit großem Ernst und großer Aufrichtigkeit über die innenpolitische Neuordnung in Polen verhandelt. Da das Parlament jetzt kaum noch als Arena für freie und grundsätzliche Aussprachen über das innenpolitische, schon brennend gewordene Hauptproblem Polens dienen kann, so wurde in der Presse eine Art Parlament improvisiert, wobei der beherzteste Anstoß von einer Persönlichkeit ausgegangen ist, die in ihrer Eigenschaft als hoher Würdenträger des Sejm doch im Sejm alles sagen könnte, was ihr zu äußern nötig dünkt. Die Tatsache, daß diese Persönlichkeit, statt sich von der Sejmtribüne aus über die im Sejm gebundenen Geister und Kräfte hinweg an die ganze Volksgemeinschaft mit einer ungemein wichtigen Feststellung und einem ergreifenden Bekenntnis zu wenden, es vorgezogen hat, auf dem freien publizistischen Forum ganz ungedeckt und unmittelbar zu allen nicht gebundenen Geistern und Kräften der Öffentlichkeit zu sprechen, wobei jede Art von unmittelbarer Entgegnung zu gewärtigen ist, — diese Tatsache allein kennzeichnet die ungeheure Bedeutung alles dessen, womit sich die unmittelbare Gegenwart Polens befaßt.

Die Persönlichkeit, von der hier die Rede ist, ist der **Vizepräsident des Sejm Bogusław Miedziński**,

der durch einen in der „Gazeta Polska“ am Neujahrstage erschienenen Artikel die erwähnte große „parlamentarische“ Aussprache in der polnischen Presse über das brennendste innenpolitische Problem Polens zweckbewußt angefordert hat. Der Inhalt dieses Artikels, den wir bereits in längerem Auszug wiedergegeben haben, machte auf die ganze politische Welt Polens einen nachhaltigen Eindruck. Der Kerngedanke des Aufsatzes ist nämlich der,

daß es kein Sanierungslager mehr gibt,

und daß der Verzicht auf den Fortbestand dieses Lagers vom Obersten Feldherrn Smigły-Rydz bereits in dessen am 24. Mai 1936 auf dem Kongreß des Legionär-Verbandes gehaltenen und an die ganze Nation gerichteten Rede ausgesprochen worden sei.

„Von diesem Augenblick an“, schreibt Miedziński, „haben wir jeden Gedanken aufgegeben, das innere Leben Polens auf Voraussetzungen aus der Vergangenheit und auf die sich aus ihr ergebenden Eigenheiten aufzubauen...“ „Polen“, so heißt es weiter, „schreitet in die Zukunft und nur auf diese müssen die Augen gerichtet sein.“ Man könne daher die jüngere Generation nicht mit der Hinterlassenschaft „von Kämpfen und Streitigkeiten erblich belasten, die aufgehört haben, aktuell zu sein.“ Sodann legt Miedziński das Bekenntnis ab, daß „die letzten Organisationsformen des Regierungslagers eine Auflösung erfahren haben“, und daß die leitenden Faktoren diese Auflösung mit vollem Bewußtsein zugelassen hätten. Sie hätten auch nicht daran, diese Organisationsformen wieder zu erwecken. Nachdem dann Miedziński auf Grund von Zitaten aus dem „Goniec Warszawski“ festgestellt hatte, daß sich

im Lager der bisherigen Opposition gleichartige
Auflösungserscheinungen

bemerken machten, betont er die unabwendbare Notwendigkeit, eine neue politische Ordnung zu schaffen.

Auf diese Aufforderung antwortete sofort ein aufsehenerregender Widerhall in „Kurjer Poranny“, welcher mit dem Vorschlag der Wiedererweckung des Zentrolinksblocks unter seiner Anpassung an die jetzigen Autoritätsverhältnisse im Staat aufwartete. Der betreffende Aufsatz des „Kurjer Poranny“, mit dessen Gedankengang die Leser der „Deutschen Rundschau“ bereits vertraut sind, wirkte auf die ganze Presse wie ein starker Windstoß. Zuerst ging ein großes Manövrieren durch den Blätterwald, und das Stimmengewirr, das aus den verschiedenen Organen aufstieg, machte im ersten Augenblick einen chaotischen Eindruck.

Der Plan des „Kurjer Poranny“, einen „demokratischen Zusammenschluß“ zustande zu bringen, durch den die Kluft zwischen der Linken des ehemaligen Sanierungslagers und der sogenannten oppositionellen Linken überbrückt werden könnte, wird, genau gesehen, von allen Seiten, sowohl von derjenigen, an welche die Offerte ergangen ist, als auch von derjenigen, gegen die dieser Zusammenschluß gerichtet sein soll, überaus skeptisch beurteilt, wenn nicht gar als unreal bezeichnet, oder als unerwünscht abgelehnt.

Während der sozialdemokratische „Robotnik“ z. B. die „Idee“ des „Kurjer Poranny“ sympathisch begrüßt, aber Bedingungen stellt, welche die hinter dem „Kurjer Poranny“ stehenden Kreise nicht anders als rein „platonisch“ akzeptieren können, nimmt das andere PPS-Organ, der „Dziennik Popularny“ das Angebot des „Kurjer Poranny“ überhaupt nicht ernst. Dieses Organ weist die Zumutung, daß sich die Linksopposition dem herrschenden System um den Preis einer reichlich nebelhaften Anlage von Bemühungen um eine Änderung der Wahlordnung — unterwerfen soll, geradezu höhnisch zurück. „Die Demokratie — so schreibt der „Dziennik Popularny“ — kann sich ebenso wenig mit der Endecja als mit der Linken der Sanierung verbinden. Sie würde in beiden Fällen ein gefügiges Werkzeug in den Händen der Reaktion werden, — wenn auch in jedem von diesen Fällen in einer besonderen Gestalt. Dagegen kann und soll sich die Demokratie insgesamt zusammenschließen und zwar bis zu den gemäßigtesten Gruppen hin, sofern nur diese Gruppen gewillt sind, zum Kampf um die politische Freiheit in die Schranken zu treten.“

Das, was der „Kurjer Poranny“ zu versprechen scheint und doch nicht versprechen kann, nämlich die Änderung der Wahlordnung, bildet den wunden Punkt des Angebots dieses Blattes in den Augen aller nüchternen Beurteiler der gegenwärtigen inneren Lage in Polen. Von einer Änderung der Wahlordnung ist leicht zu sprechen, aber fragt man sich, wie diese Änderung zu bewerkstelligen sei, dann türmen sich Probleme und Schwierigkeiten auf, denen — heute wenigstens — von den gesetzgebenden Gremien her nicht beizukommen ist. Nach der Verfassung können die gesetzgebenden Kammern die Wahlordnung entweder selber ändern, oder dem Staatspräsidenten Vollmacht zu dieser Änderung erteilen. Diese zweite Möglichkeit kann vorberhand außer Frage bleiben. Fast man den normalen gesetzgeberischen Weg ins Auge, so erscheint es kaum glaublich, daß eine der vorhandenen parlamentarischen Gruppen mit einer Initiative bezüglich der Änderung der Wahlordnung hervortreten willens oder fähig wäre.

Der „Wieczór Warszawski“ führt diesbezüglich ganz richtig aus:

„Real genommen können mit dem Projekt einer neuen Wahlordnung folgende vier Gruppen hervortreten:

1. Der Kreis der Landwirte,
2. die „Verbesserer“ (Sanierer),
3. Der Klub der Unabhängigkeitsverfechter,
4. die Arbeitsgruppe.

Es erhebt sich die Frage, welche von diesen Gruppierungen als Bestürmterin der zu bildenden „Demokratischen Front“ auf den Plan zu treten gewillt wäre?

Der „Kreis der Landwirte“

will das keineswegs! Nicht nur deshalb, weil die Konserativen in diesem Kreis über große Einflüsse verfügen, sondern vor allem aus dem Grunde, weil dieser Kreis mit seinem Vorsitzenden General Zeligowski an der Spitze den jetzigen (gesetzgebenden) Kammern gegenüber eine ausdrücklich positive Stellung eingenommen hat. Im besten Fall würde dieser Kreis einer solchen Änderung der Wahlordnung zustimmen, die nicht nach dem Wunsch Niedzialkowskis (des PPS-Führers) wäre und dies viel später, nachdem sich der Kreis im Terrain (d. h. in seinen Wahlkreisen) genügend festgewurzelt haben würde.

Die „Verbesserer“

denken wohl an eine Änderung der Wahlordnung, jedoch in der Richtung eines korporativen Totalitäts- des Ein-Partei-Systems.

Der „Klub der Unabhängigkeitsverfechter“

ist in dieser Angelegenheit nicht gebunden. Diesem Klub würde es verhältnismäßig am leichtesten sein, mit einer Initiative der Änderung der Wahlordnung hervorzutreten. Aber hier ist nicht nur der bedeutende Einfluß in Betracht zu ziehen, den in diesem Klub die Oberstengruppe ausübt, sondern auch die Tatsache, daß hier Oberst Miedziński den Vorsitz führt, und daß sich Oberst Miedziński in diesen Tagen in einer Weise ausgesprochen hat, die den Anregungen des „Kurjer Poranny“ entgegensteht.

Danzig-Rundgebung in Lemberg.

Im Rathaus von Lemberg hat am Mittwoch mittag eine große Rundgebung von einigen 30 polnischen Organisationen stattgefunden, um gegen die angebliche Verletzung der polnischen Rechte in Danzig zu protestieren. Der „Flustromany Kurjer Godzienny“ veröffentlicht darüber folgenden Bericht:

Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde von deren Organisatoren der Stadtpräsident Dr. Nitrowski berufen. Ansprachen hielten der Vorsitzende des Westverbandes Dr. Namysl, der Vorsitzende der See- und Kolonialliga, Professor Dr. Niemcewicz und der Vorsitzende der Lemberger Ortsgruppe des Haller-Verbandes Ratajczak. Im Ergebnis wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

1. a) Die Danziger Frage ist eine Frage des ganzen polnischen Volks ohne Unterschied der politischen Überzeugungen; b) die Freie Stadt Danzig wurde auf Grund des Versailler Traktats zu dem Zwecke geschaffen, die Rolle eines polnischen Hafens loyal zu erfüllen, der Danzig seit Jahrhunderten war und bleiben muß; c) Die Rechte Polens in Danzig werden in der letzten Zeit durch den Danziger Senat in krasser Weise gebrochen, und von den Traktaten sind nur noch Fetzen übriggeblieben. (Man könnte ebenso falsch behaupten, daß der Mond am Tage und die Sonne des Nachts die Welt erleuchtet! D. R.) Darunter leidet das Interesse unseres Staates wie auch die Berechtigungen der Polen und der anderen Bürger Danzigs.

2. a) Die Versammelten richten an die Staatsbehörden den Appell, den durch die Traktate festgelegten Zustand wieder herzustellen, und die Rechte Polens und der Polen, die Danziger Staatsbürger sind, entschieden zu verteidigen; b) es nicht zuzulassen, daß die Deutschen aus dem Reich und die dortigen Parteien sich in innere Angelegenheiten Danzigs einmischen.

3. Die Versammelten stellen fest, daß die andauernden Anschläge auf die Rechte Polens (???) in Danzig einem entschiedenen Widerstand der ganzen polnischen Volksgemeinschaft begegnen werden. (Erst die Beweise für diese falsche Behauptung und — dann den Widerstand! D. R.) Die Danziger Frage steht in Verbindung mit der Befestigung der Grenzen der Republik und damit auch mit der nationalen Wehrkraft.

Nach Annahme der Entschließung wurde die Kora gesungen, worauf die Versammelten unter verschiedenen Rufen an die Adresse der Personen, die eine Rolle in der Danziger Frage spielen, wieder auseinandergingen.

Lemberg liegt weit entfernt vom Danziger Hafen. Das verrät der unrichtige Inhalt dieser Entschließung. Überdies wird in Danzig kein Gegenstand zur polnischen „Kora“ gesungen. Die bösen Deutschen lieben solche Singsänge nicht.

Deutschland will den Frieden.

Rudolf Heß in der Belgrader „Prawda“.

Die Belgrader „Prawda“ veröffentlicht in einer anläßlich des bevorstehenden serbischen Weihnachtsfestes am Dienstag erschienenen Weihnachtsausgabe eine Unterredung ihres Berliner Berichterstatters mit dem Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Heß. Der Berichterstatter schildert zunächst den freundlichen Empfang, der ihm von Reichsminister Heß zuteil wurde, und gibt dann den Verlauf der Unterredung wieder.

In ihr betont der Stellvertreter des Führers, daß der Weltfrieden nicht von Worten sondern von Taten abhängt. Der größte Beitrag eines Staatsmannes zum Weltfrieden sei, wenn er sein Volk zufrieden mache. Eine Nation, die im Innern völlig zufrieden sei, stelle ein Bollwerk des Friedens dar. Ein innerlich gefaltetes Volk sei nicht nur in seinem eigenen Dasein bedroht, sondern stelle auch eine Gefahr insofern dar, als sich seine Unruhe auch auf andere Völker übertrage.

Deutschland wünsche als Land des Friedens gute Beziehungen zu allen Nachbarn. Es wolle keinen Krieg. Der Führer und Reichskanzler sowie seine Mitarbeiter in der Reichsregierung hätten am Weltkrieg teilgenommen und wußten, was Krieg bedeute. Wenn aber irgendjemand Deutschland angreife, dann würde er auf den stärksten und entschlossensten Widerstand stoßen. Deshalb müsse Deutschland gerüstet sein.



MAGGI'S
WÜRZE
verfeinert
Suppen, Sossen, Salate,
Gemüse...

Achten Sie darauf, daß Ihr Fläschchen nur
aus der großen Maggi Flasche nachgefüllt wird

Die Arbeitsgruppe

bleibt übrig. Wenn diese Gruppe eine Angliederung an die Demokratische Front vollziehen würde, hätte es aber nicht viel zu bedeuten angesichts der Tatsache, daß die Einflüsse dieser Gruppe in beiden Kammern minimal sind. Ein Antrag der Arbeitsgruppe auf Änderung der Wahlordnung, zumal in der Richtung des fünfstufigen Wahlrechts, würde gar keine Aussicht haben.

„So sehen —“ schließt der „Wieczór Warszawski“ — die Chancen der ersten Vorbedingung der Entstehung einer Demokratischen Front: nämlich der Änderung der Wahlordnung im Geiste des fünfstufig gegliederten Wahlrechts aus. Der jetzige Sejm und Senat werden nicht ein moralisches und politisches Charakter an sich vollziehen wollen. Und da die Sache sich so verhält, wird die Realisierung der „Demokratischen Front“ im legalen Wege noch lange in der Sphäre der Träumereien der Führer und Publizisten der Linken bleiben.

Die Verheißungen, mit welchen die Politiker vom „Kurjer Poranny“ die oppositionelle Linke anzulocken versuchten, sind demnach — wie sich der „Gazet“ ausdrückt — mit der „Ausstellung von Scheß“ zu vergleichen, „die keine Deckung haben“.

Ausstoßung aus der Sippe?

Ein Vorschlag zur Wahrung der Familienehre

Der reichsdeutschen Presse entnehmen wir folgende Notiz:

Die gesteigerte Bedeutung, die der Sippe im Nationalsozialistischen Staat und in der biologischen Gliederung des deutschen Volkes zukommt, wird es notwendig machen, ihr auch beim Neubau des Familienrechts rechtliche Erheblichkeit und juristische Form zu verleihen.

Einen Vorschlag zu diesem wichtigen Gebiet macht in der Zeitschrift der Akademie für deutsches Recht der Dozent Dr. B. Voll. Er wünscht, daß die Möglichkeit der Ausstoßung aus der Sippe, die Entfippung, eingeführt werde. Hierdurch solle ermöglicht werden, bestehende natürliche Blutsbände aus bestimmten Gründen für juristisch gelöst zu erklären. Augenblicklich sei es noch so, daß die einmal vorhandene Verwandtschaft, so belastend sie für den einzelnen auch sein möge, nicht aus der Welt zu schaffen sei. Auch dem Sohn, der einen Mordversuch an den Eltern unternahm, ständen die Unterhaltsansprüche zu; und die Tochter, die Rassenhände trieb, könne nach geltendem Recht für sich und ihre Mischlingskinder von ihren Eltern Unterhalt verlangen.

Die Lossagung von Verwandten, die die Ehre der Familie oder der Sippschaft verlegt haben, sei eine besonders unter dem häuerlichen Volk durchaus bekannte Erscheinung. Jedoch keine dieser Lossagungen von näheren oder entfernteren Verwandten, die den „guten Namen“ einer Familie berühren, habe Bestand vor dem Gesetz, obwohl die Existenz eines solchen „Entarteten“, der mehr oder weniger aus dem Rahmen der Sippe herausfalle, eine beinahe sprichwörtliche Erscheinung sei.

In historischen Darlegungen bezeichnet der Referent die Entfippung als ein gemein germanisches Rechtsgebilde, das freiwilligen Austritt oder Ausschluß aus der Sippe mit Beendigung jeder Verpflichtung voraus, bis das römische Familienrecht die Blutsverwandtschaft durch den juristischen Verwandtenbegriff, die Gilde usw. ersetzte.

Wie die Wahrung der Familienehre zu den Hauptaufgaben des Familienoberhauptes gehören werde, so müßte die grobe Verletzung dieser Ehre den Kardinalgrund für die Ausschließung bilden. Form und Verfahren, Familienrat oder Beteiligung des Richters, erbrechtliche Folgen usw. seien zu klären, wenn die grundsätzliche Entscheidung vorliege.

Eine Sippe errichtet ein Sippenheim.

Neue Wege der Sippenforschung.

Aus Dessau wird berichtet:

Eine hauptsächlich in Mitteldeutschland ansässige Sippe, die seit 30 Jahren Sippenforschung betreibt und in dieser Zeit 5000 Träger ihres Namens einschließen der Eingekiraten feststellen konnte, schlägt vollkommen neue Wege ein, um die Sippengemeinschaft stärker auszubauen. Neben der wissenschaftlichen Erforschung der Stammbäume und der katastrmäßigen Aufnahme des Sippenbestandes, die sich aus der Durcharbeitung aller irgendwie zugänglichen Quellen in Archiven, Universitäten, Kirchenbüchern und ähnlichem ergibt, ist der gesamte Sippenverband straff organisiert. An der Spitze steht ein Sippenführer, dem ein Sippenrat beigeordnet ist. Die Mitglieder der Sippe bilden in den einzelnen Teilen Deutschlands Sippenortgruppen. Ein Sippenbureau erledigt die Forschungsarbeiten. Alle Posten sind ehrenamtlich, doch deckt ein Sippenfonds, der von den einzelnen Ortsgruppen unterhalten wird, die laufenden Ausgaben. Über den Rahmen der Forschung hinaus soll jetzt ein Sippenwerk errichtet werden für die Sippenarmen. In der anhaltischen Stadt Dranienbaum wird ein Sippenheim geplant, das die Sippenleitung, die Bücherei, die Verwaltung des Sippenhilfswerks und anderes enthalten soll. Rund um dieses Heim sollen in Form einer Stiftung eine Reihe kleinerer Einzelhäuser gebaut werden, die je nach Bedarf als Altersheime oder als Ferienaufenthalt für die Mitglieder oder die Kinder der Sippe benutzt werden sollen.

Bromberg, Sonntag, den 10. Januar 1937.

Vor den entscheidenden Kirchenvahlen in Mittelpolen.

Wahlbeteiligung — aber in Opposition gegen die Kirchenleitung!

Ein Aufruf der Arbeitsgemeinschaft deutscher Pastoren.

Am 5. Januar tagte in Lodz wiederum die Arbeitsgemeinschaft deutscher Pastoren in der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen (Mittelpolen). Von den 72 Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft waren 45 Pastoren erschienen. Nach erschöpfender Aussprache wurde in voller Einmütigkeit folgende Entschliessung angefertigt:

Unser Programm.

In Stellungnahme zu den bevorstehenden Wahlen erklärt die Arbeitsgemeinschaft deutscher Pastoren der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen einmütig folgendes:

Aus Verantwortung Kirche und Volk gegenüber betrachten wir das Absteitsgehen bei den Wahlen als unstatthaft. Durch bloße Ablehnung wird auf weite Sicht weder Kirche noch Volk gedient. So wenig das neue Gesetz uns befriedigt und so sehr die Art seiner Durchführung uns schmerzt, glauben wir in die Wahlen hineingehen zu müssen. Die für uns ungünstige Wahlordnung wird uns zwar in den oberen Körperkassen nicht die Vertretung bringen, die uns zahlenmäßig zukommt, doch wollen wir den Kampf um unsere Rechte aufnehmen.

Was wollen und fordern wir?

1. Eine rechte Kirche! — die Kirche, die sich ihres Wesens und ihrer Aufgabe als Kirche Christi bewußt ist und die, gebunden allein an das Wort Gottes auf ihre innere Freiheit und Selbständigkeit bedacht ist. Eine Kirche, die gerade als lutherische Kirche sich aber auch ihrer Verantwortung dem Volkstum gegenüber bewußt ist und sich als lutherische Volkskirche erweist und bewährt.

2. Eine rechte Kirchenleitung! — eine Kirchenleitung, die, getragen vom Vertrauen des Kirchenvolkes, imstande ist, den Frieden in der Kirche herzustellen und zu erhalten.

Untragbar ist eine Kirchenleitung, die sich nicht auf das Vertrauen der Kirchenglieder stützt, welche nicht das Wohl aller Glieder der Kirche im Auge hat, sondern eine Richtung bevorzugt, welche den geschichtlichen Ursprung und die geschichtlichen Gegebenheiten in unserer Kirche nicht ehrt und ihnen nicht Rechnung trägt. Wir erstreben eine Kirchenleitung, die dafür Sorge trägt, daß man um der Treue willen zum angestammten Volkstum und für das pflichtgemäße Eintreten für dasselbe in der Kirche nicht verurteilt und denunziert wird.

3. Eine rechte Kirchenordnung! — die gegenwärtige Kirchenordnung weist Bestimmungen auf, die geklärt, andere die weitergebildet werden müssen, ja manche müssen um der Gerechtigkeit willen eine Abänderung erfahren. Wir erwarten, daß man sich in unserer Kirche je länger, desto mehr dem nicht verschließen wird, und daß dadurch die Grundlage für eine rechte Verfassung unserer kirchlichen Verhältnisse geschaffen wird.

Wir fordern daher alle deutschen Glieder unserer Kirche, Männer und Frauen, nachdrücklich auf: bleibt von den Wahlen nicht weg — nehmt teil! Schamet nicht zu treten ein in die gemeinsame Front! Zurückhaltung schwächt. Einigkeit allein macht stark und führt zum Ziel!

Ein Beschluß des Deutschen Volksverbandes

Am vergangenen Dienstag trat auch der Hauptvorstand des Deutschen Volksverbandes für Mittelpolen zu einer Sitzung zusammen, in der u. a. zu den Kirchenvahlen Stellung genommen wurde.

Auf Grund der zahlreichen Zuschriften der Ortsgruppen und der Berichte der Amtswalter des Verbandes wurde, wie die „Freie Presse“ berichtet, festgestellt, daß die neuen Kirchengesetze von unserem deutsch-evangelischen Kirchenvolk abgelehnt werden und daß die Art und Weise, wie Generalsuperintendent D. Burzke bei den Beratungen über diese Gesetze vorging und jetzt diese Gesetze durchzuführen versucht, in den meisten Gemeinden die allergrößte Unzufriedenheit, ja sogar Entrüstung hervorgerufen hat. Noch ehe das neue Innere Kirchengesetz erschien, hat der Herr Generalsuperintendent angeordnet, daß bis zum 15. Januar Wählerlisten angefertigt werden müssen, wobei nur diejenigen Gemeindeglieder das Wahlrecht besitzen sollen, die den Kirchenbeitrag für das verfloßene Jahr 1936 entrichtet haben. Nach dem bis jetzt in der Evangelisch-augsburgischen Kirche bestehenden Brauch und dem bisherigen Recht wurde der Kirchenbeitrag nur von dem Familienhaupt bezahlt. Dementsprechend wurden auch die Etats in allen Gemeinden für das Jahr 1936 aufgestellt. Nun verlangt plötzlich der Herr Generalsuperintendent, daß ohne jegliche rechtliche Grundlage von den Frauen sowie von den Kindern, die das 24. Lebensjahr überschritten haben, ein Kirchenbeitrag für das Jahr 1936 entrichtet wird! Das heißt so aus, daß man sich für 50 Groschen oder 1 Zloty in der Kirche das Wahlrecht kaufen kann! Schon das allein ruft in den Massen des Kirchenvolkes große Abneigung gegen die Kirchenvahlen und die Kirche selbst hervor.

Ferner sollen die Filialgemeinden keine Vertreter in die Diözesansynoden entsenden. Dadurch hat man einen Teil der Kirchenglieder ihres wichtigsten Rechtes beraubt.

Wenn man noch in Betracht zieht, daß die ganze Wahlordnung dem Kirchenvolk keine Möglichkeit gibt, eine Synode zu wählen, die den Willen der Kirche unverfälscht zum Ausdruck bringen würde, so wurde die Meinung unseres Volkes, die Kirchenvahlen zu boykottieren und an den Wahlen überhaupt nicht teilzunehmen, begreiflich.

Angeichts dessen aber, daß die Arbeitsgemeinschaft deutscher Pastoren beschlossen hat, zur Wahl zu schreiten, und zwar mit dem Ziel, eine rechte vom Vertrauen des Volkes getragene Kirchenleitung und eine bessere

Kirchenordnung zu erkämpfen, und weil auch der Deutsche Volksverband stets die gleichen Forderungen erhoben hat, so hielt es der Vorstand unter diesen Verhältnissen für das einzig mögliche,

eine geschlossene Front der deutsch-evangelischen Pastoren und Gemeindeglieder zu schaffen und noch einmal zu versuchen, die untragbaren Bestimmungen der Kirchengesetze auf legalem Wege abzuändern und die Kirchenleitung, die bis jetzt den Kampf in der Kirche immer wieder hervorgerufen und die Rechte der Kirche nicht gewahrt hat, durch eine neue zu ersetzen, die das Wohl der Kirche und aller ihrer Glieder, ohne Unterschied der Volkszugehörigkeit auf wahrhaft lutherische Art wahrzunehmen bereit wäre.

Aus obigen Gründen beschloß der Vorstand:

1. Alle Mitglieder des Deutschen Volksverbandes evangelisch-augsburgischen Bekenntnisses aufzufordern, unverzüglich dafür zu sorgen, daß alle Mitglieder der evangelisch-augsburgischen Gemeinden, Männer und Frauen, die das 24. Lebensjahr überschritten haben, in die Wählerlisten eingetragen werden. Sollte jemand übergangen worden sein, so wird er noch die Möglichkeit haben, 4 Wochen vor den Wahlen die Eintragung seines Namens in die Wählerlisten zu fordern, da die Listen in dieser Zeit in den Gemeindefanzleien zur Nachprüfung ausliegen werden.

2. Sobald die Wahlordnung erschienen und der Termin der Einreichung der Kandidatenlisten bekanntgegeben sein wird, haben alle Ortsgruppenleitungen sowie jedes einzelne Mitglied dafür Sorge zu tragen, daß als Kandidaten für die Kirchenkollegien und die Diözesansynoden nur bewährte Kirchenmänner und treue Volksgenossen aufgestellt werden.

Massenzustrom der Gläubigen in die Moskauer Kirchen.

Aus Moskau wird gemeldet:

Auf den 6. Januar fällt nach dem früheren russischen (Julianischen) Kalender, der für die griechisch-orthodoxe Kirche immer noch gültig ist, das russische Weihnachtsfest. Wie jedesmal an hohen kirchlichen Festtagen waren auch diesmal die wenigen noch nicht zerstörten oder geschlossenen Kirchen Moskaus in geradezu unvorstellbarer Weise überfüllt. Der Andrang der Gläubigen war so groß, daß schon Stunden vor dem Beginn des Gottesdienstes die Menge in den Kirchen Kopf an Kopf stand, während am späten Abend das Gedränge direkt lebensgefährlich wurde. Hunderte von Menschen standen vor den Kirchen im Schnee und Frost auf der Straße, um zu versuchen, doch noch in das Kircheninnere zu gelangen.

Neue Verhaftungswelle in der Sowjetunion.

In der Sowjetunion zeigten sich, wie sich der „Angriff“ aus Moskau melden läßt, in den letzten Tagen wieder Anzeichen innerer Unruhen. In Kiew, der Hauptstadt der Ukraine, und in Kozlov im Dongebiet wurden verschiedene Parteiausläufer aufgelöst, da in ihren Reihen führende Parteifunktionäre Terrorakte gegen Anhänger Stalins in der Ukraine vorbereitet haben sollen. U. a. soll ein Attentat gegen Postischew, Mitglied des Politbüros und Bevollmächtigter Stalins für die Ukraine, vorbereitet worden sein, das jedoch mißglückte. Ein zweites Attentat soll Jona Jakir, dem Oberbefehlshaber der Roten Armee in der Ukraine, gegolten haben. In Kozlov wurde der Parteisekretär Glebow verhaftet, da er Angehörige oppositioneller Parteigruppen in verantwortliche Stellen eingesetzt hatte.

Nach einer neuerlichen Mitteilung der „Pravda“ sind augenblicklich auf dem Gebiet der Sowjetunion drei oppositionelle Gruppen aktiv:

1. die Trotzkisten,
2. die sozialrevolutionären Gruppen,
3. die ukrainischen und kaukasischen Nationalisten.

Ziel aller Gruppen sei der Sturz des Regimes Stalins. Wie die „Pravda“ behauptet, sei es allen diesen oppositionellen Gruppen gelungen, sich in die kommunistische Partei einzuschleichen, um von dort aus ihre konterrevolutionären Ziele besser durchzuführen zu können. Das Blatt ruft zu schärfsten Maßnahmen gegen diese Feinde Stalins auf.

Mit falschem Paß.

Mitglied der Marseiller Mörderbande im Zuge der serbischen Königin?

Das Deutsche Nachrichten-Bureau meldet aus Paris: Am Montag wurde in Diederhofen ein Jugoslawe verhaftet, als er dem Grenzbeamten einen gefälschten Paß mit dem Namen Pavlovitch vorzeigte. Die Angelegenheit wäre vielleicht als belangloser Zwischenfall behandelt worden, wenn die Festnahme nicht ausgerechnet in dem Zuge erfolgte, in dem die Königin Maria von Jugoslawien in Begleitung ihres zweiten Sohnes nach Dänemark fuhr, um sich von dort aus nach England zu begeben. Die Polizei fragte sich sofort, ob sie es nicht mit einem Mitglied der berüchtigten Ustaichs zu tun habe, deren Opfer vor einigen Jahren in Marseille der König von Jugoslawien und der französische Außenminister Barthou wurden. Die Untersuchung ergab, daß Pavlovitch, der nebenbei keinen Hehl daraus machte, mit falschen Papieren zu reisen, ebenso gut Kalem heißen könnte. Dabei erinnerte man sich sofort, daß der Mörder König Alexanders zunächst unter diesem Namen bekannt war. Außerdem verfiel man festzustellen, ob zwischen Pavlovitch und dem berüchtigten Anführer der Ustaichs, Pavelitch, nicht gewisse Zusammenhänge bestehen.

JEDER BRUNNEN



schöpft sich aus — Sage nicht: ich bin gesund, ich brauche nichts. Denk daran, daß Du an dieser Gesundheit zehst und alles sich verbraucht. Wer arbeitet, Körper- und Nervenkraft einsetzt, sollte täglich Ovomaltine trinken. Aus hochwertigen Naturprodukten hergestellt, schafft sie Widerstandskraft und gehört so zum Fundament der Gesundheit.

1195

Auf diese Weise soll noch einmal versucht werden, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Frieden in der Kirche herzustellen und

alle Bestrebungen, aus der Kirche ein politisches Werkzeug zu schaffen, zunichte zu machen.

Sollte aber festgestellt werden, daß die Kirchenleitung ihre bisherigen Methoden weiter anwendet und — sei es durch neue Wahlvorschriften oder durch einen unzulässigen Druck von oben — die Willensänderung des Kirchenvolkes einzuschränken versucht, so wird der Vorstand zur rechten Zeit seine Stellungnahme zu den Kirchenvahlen ändern müssen und seinen Mitgliedern neue Weisungen erteilen. Unsere heutige Parole lautet:

Einein in die Kirchenvahlen mit der Forderung:

für die Freiheit der Kirche,

für eine neue unparteiische Kirchenleitung,

für eine neue, bessere Kirchenordnung!

Note Bestbasillen in Polen.

Zwei Kommunisten-Prozesse in Warschau.

Vor dem Bezirksgericht in Warschau haben soeben zwei Prozesse stattgefunden, die ein neues Licht auf die Aktion der Kommunisten in Polen werfen, in der die Hauptrolle auch in diesem Falle, wie gewöhnlich, Juden spielten. Mitte des vorigen Jahres nahm die Polizei in einer Straße in Warschau einen gewissen Janka Frocht in dem Augenblick fest, als er versuchte, kommunistische Transparente auf dem Leitungsdrabt der elektrischen Straßenbahn anzubringen. Bei dem Verhafteten fand man 53 Briefe, die zur Sammlung von Opfern und Beiträgen für den Internationalen Friedenskongress bestimmt waren, der auf die Initiative der Komintern im September des vorigen Jahres in Brüssel stattfand. Während der Ermittlungen gestand der Angeklagte, daß er die Briefe von der Liga zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte erhalten habe. Die weitere Untersuchung brachte sensationelle Einzelheiten an den Tag und zwar, daß die Liga die kommunistische Aktion in der Frage der Einberufung des Kongresses unterstützt und eine sogenannte Friedenssektion gebildet hat, der die Mitarbeiter der Redaktion der bis vor kurzem in Warschau erschienenen kommunistischen Wochenschrift „Oblizce Dnia“ („Das Gesicht des Tages“) angehörten. Es handelte sich um den Rechtsanwalt Barcikowski und die Mitarbeiterin der Redaktion des „Plomyl“, Wanda Wasielewska. Das Gericht verurteilte Frocht wegen kommunistischer Betätigung zu zwei Jahren Gefängnis und erkannte auf Verlußt der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von sechs Jahren.

In dem zweiten Prozeß hatte sich ein gewisser Jakob Rozenberg zu verantworten, der bereits eine achtjährige Gefängnisstrafe wegen kommunistischer Wahlarbeit hinter sich hat. Mitangeklagt war seine kommunistische Parteigenossin Sonja Rozenka. Beide wurden wegen kommunistischer Umtriebe zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Auflösung der jüdischen Gemeinde in Warschau.

Vom Wojewoden ist die jüdische Gemeinde in Warschau aufgelöst worden. Der Grund zu der Auflösung ist in Mißbräuchen der Gemeindevverwaltung zu suchen. Die Auflösung erfolgte auf Antrag des polnischen Kultusministers, der sowohl in den Finanzangelegenheiten wie in der sonstigen Verwaltung der jüdischen Gemeinde Unzulänglichkeiten gefunden hatte. Mit der Verwaltung ist ein Regierungskommissar beauftragt worden.

Werner Beumelburgs

„Sperrfeuer um Deutschland“ in Polen verboten.

In den deutschen Buchhandlungen in Bromberg erschienen in diesen Tagen Beamte der Sicherheitspolizei, um Nachforschungen nach Werner Beumelburgs „Sperrfeuer um Deutschland“ anzustellen. Die Beamten wiesen gleichzeitig darauf hin, daß der Vertrieb des Buches, der bisher bekanntlich jahrelang in Polen unbeanstandet blieb, nunmehr untersagt sein soll. — Wir können uns nicht denken, was die Veranlassung zu dieser behördlichen Maßnahme gegeben haben mag. In dem Inhalt des Buches dürfte sich eine Begründung hierfür schwerlich finden lassen.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant, im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Polens Exportförderungsprogramm für 1937.

Die durchaus nicht erfreuliche Entwicklung des polnischen Außenhandels — die Monate August, September und Oktober brachten ein erhebliches Passivum — lenkt immer mehr die Aufmerksamkeit der zuständigen Behörden auf die Notwendigkeit, Mittel und Wege ausfindig zu machen, die eine dauerhafte Aktivität des Außenhandels mit dem Ausland gewährleisten sollen. Hierbei erwägt man eine Reihe von neuen Maßnahmen und überprüft alte Projekte, die schon wiederholt erörtert, ja teilweise sogar beschlossen, aber noch nicht durchgeführt wurden, um sie in Anpassung an die neuen Verhältnisse jetzt, endlich zu verwirklichen. Natürlich ist man sich dessen bewusst, daß man mit Dekreten und Regierungsmassnahmen den Export nur bedingt und mehr technisch fördern kann, während die grundlegende Gestaltung des Außenhandels in anderen Faktoren, in erster Linie der Leistungsfähigkeit der Unternehmer, dann aber auch von den konjunkturellen Vorgängen auf den Weltmärkten abhängt.

Vor allem bemüht sich Polen, eine Reihe von Handelsverträgen, die zum Teil schon veraltet sind, zum Teil aber nur kurzfristige Laufzeit zu erneuern, um seine Lücke in dem geregelten Warenverkehr mit den wichtigsten Absatzländern einzuholen. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Welt bringt es mit sich, daß die Pausen, in denen die handelspolitischen Beziehungen zwischen einzelnen Ländern unverändert aufrechterhalten werden, sich immer kürzer gestalten, da angesichts der allgemeinen Unruhe kein Land dauernd an wirtschaftliche Abmachungen mit seinen Handelspartnern binden kann. Typisch für die Kurzfristigkeit der Handelsabkommen ist das Verhältnis zu Deutschland, um dessen provisorische Verlängerung gerade jetzt verhandelt wird. Als im November 1935 das deutsch-polnische Abkommen zum Ablauf kam, war ein Warenaustausch von gegenseitig je 170 Millionen Zloty vorgesehen, der aber in Wirklichkeit nur 120 Millionen ergab. Um in Zukunft eine solche Divergenz auszugleichen, hat sich eine Änderung des Kontingentsystems als notwendig erwiesen, ferner eine Senkung der deutschen Exportpreise u. a. m. Überaus aktuell ist auch die Neuverhandlung der Handelsabkommen zu Rumänien geworden, mit dem im Oktober v. J. ein neuer Vertrag geschlossen wurde. Im Augenblick weist eine rumänische Handelsmission in Polen, die gemeinsam mit den polnischen Stellen das Warenaustauschprogramm festlegt und alle Vorbereitungen trifft, um ein gutes Funktionieren insbesondere des Verrechnungsmechanismus zu gewährleisten. Am 4. Januar d. J. ist in Bern ein Wirtschaftsabkommen mit der Schweiz unterzeichnet worden, das im Grunde genommen ein auf Clearing basierendes größeres Kompensationsgeschäft darstellt. Dieses Abkommen wird als eine Zwischenlösung betrachtet und hat eine Laufzeit von sechs Monaten. Auf eine Neuverhandlung der Handelsbeziehungen drängt nunmehr auch Belgien, dessen Handel mit Polen ein großes Passivum aufweist: das polnische Aktivsaldo liegt von 101 Millionen Zloty im Jahre 1935 auf 184 Millionen Zloty im ersten zehn Monaten 1936. Der italienisch-polnische Handelsvertrag ist bisher nicht verlängert worden und läuft daher automatisch bis zum März 1937; das Handelsministerium will sich aber schon jetzt den neuen Vertrag sichern und nicht, wie bisher, mit einer jeweiligen Verlängerung von nur drei Monaten operieren, weshalb man in Warschau Vorbereitungen trifft, schon in den nächsten Tagen Verhandlungen aufzunehmen, auf die auch Italien wegen der von ihm angestrebten Finanzierung des Touristenverkehrs großen Wert legt. Endlich ist auch mit einer Neuverhandlung des Warenverkehrs mit Frankreich zu rechnen, die sich aus dem jüngsten Anleihen ergibt. Der große Warenkredit, den Frankreich seinem polnischen Partner insbesondere für die Rüstungsindustrie einräumt, erfordert zur Vermeidung eines starken Passivums auch eine Steigerung der polnischen Ausfuhr nach dem französischen Absatzgebiet.

Parallel mit dem Ausbau der Handelsbeziehungen achtet die Regierung im Augenblick daran, eine Reihe von neuen Förderungsmaßnahmen zu verwirklichen. In diesen gehört die Aktivierung des schon vor einem Jahr gegründeten Außenhandelsrates, der seine Arbeiten noch immer nicht in dem vorgesehenen Maß aufgenommen hat. Aufgabe dieser Organisation ist es, alle mit dem Außenhandel verbundenen Fragen zu prüfen und der Regierung als beratendes Organ beizustehen; insbesondere sollen aber die bereits bestehenden Institutionen zu einer stärkeren Mitarbeit herangezogen werden, wie z. B. der Rat für Kompensationsgeschäfte, die Zentralforschungskommission, die Warenverkehrsmission der Handelskammern, das Verrechnungsamt, die Exporttreuhandgesellschaft, die polnische Kaffeefuhrzentrale, die übersee-Handelskompanie, das Hafenkomitee u. a. m. Als ein weiterer wichtiger Schritt zur Aufhebung des Auslandswarenverkehrs ist

Die Erweiterung der Kompetenzen des Staatlichen Exportinstitutes

anzusehen. Dieser Stelle wurden letzten die Ausfuhrfunktionen, welche nach Einführung der Devisenwarenbewirtschaftung die sogenannte Warenverkehrsmission inne hatte, zur Gänze übertragen; das Exportinstitut wird die Ausfuhrbescheinigungen herausgeben, das Register der Exporteure führen u. dgl. m. Damit wird diese Stelle, die bisher in der Hauptsache nur eine beratende Tätigkeit ausübte, zum Zentralinstitut für amtliche Ausfuhrangelegenheiten erhoben. Im Stadium der Beratung befindet sich im Augenblick noch eine andere, sehr wichtige Exportförderungsmaßnahme, die mit der Devaluation einer Reihe von Abnehmerstaaten notwendig wurde. Es liegt auf der Hand, daß polnische Agrarprodukte und Rohstoffe in der Schweiz, Frankreich, Holland und Italien auf gewisse Konkurrenzvorteile stießen, die durch die dortige teilweise Senkung der Zollsätze für manche Importwaren nicht gänzlich behoben werden konnten. Man plant nun, auch dem Mutterlande, die Gründung eines Ausfuhrfonds, aus dem eine Reihe von Exporteuren eine gewisse finanzielle Unterstützung für unrentabel gewordene Transaktionen nach den Devaluationenländern erhalten sollen. Die Mittel hierzu will man vorwiegend aus den Gewinnen, die polnische Importeure aus den Währungsabwertungen und der damit verbundenen Verringerung ihrer Schuld gegenüber den ausländischen Lieferanten erzielt haben, schöpfen, so daß hier ein gewisser Ausgleich geschaffen werden soll.

Von den alten Plänen zur Förderung des Exportes haben einige in den letzten Monaten des abgelaufenen Jahres bereits ihre Erfüllung gefunden, während andere noch ihrer Verwirklichung warten. Wichtig ist

die Verschärfung der Standardisierungsmaßnahmen.

die gerade zum Jahresabschluß hinsichtlich einer Reihe von landwirtschaftlichen Produkten durchgeführt wurde. Hierzu gehört in erster Linie die grundlegende Neuordnung der Molkereiwirtschaft, die die gesamte Produktion in diesem agrarischen Bezirk auf neue technische Grundlagen stellt und so in hohem Maße exportfördernd wirkt. Strenge Vorschriften wurden auch für die Erzeugung und Qualitätsaufbesserung von Hanf und Flachs erlassen, die sich immer mehr zu einem wichtigen Exportartikel entwickeln. So treffen diese Gesetze die Verarbeitungsstufe der Produktion, so soll das schon 1932 projektierte, bisher aber noch immer nicht ins Leben getretene Exportkreditversicherungsinstitut, das als das wichtigste Instrument für die Finanzierung der Ausfuhr anzusehen ist, jetzt endlich geschaffen werden. Dieser nach englischen Mustern angelegte Einrichtung wird die Aufgabe anfallen, die Forderungen polnischer Industrieller und Lieferanten an ausländische Käufer, dargestellt durch Wechsel oder reine Buchforderungen, diskontfähig zu gestalten und sie bis zu einer bestimmten Grenze zu bevorzugen. Diese neue Einrichtung wird nun den Exporteuren inländischen, gegen eine mäßige Verzinsung einen Großteil seiner Forderungen, auf deren Eingang er sonst monatelang warten müßte, sofort in die Hand zu bekommen und so eine Schwächung des Betriebskapitals hintanhaltend.

Im Zuge der Exportförderungsmaßnahmen hat die Regierung u. a. auch wieder ganz energisch den alten Plan aufgearbeitet,

die polnischen Auslandsvertretungen.

die eine Reihe von strukturellen und organisatorischen Mängeln aufweisen, umzugestalten. Die Handelsattachés eichten sich bisher darauf, von Zeit zu Zeit lange Berichte über die handelspolitische Entwicklung des betreffenden Landes abzugeben, versahen diese mit endlosen statistischen Tabellen und theoretisch-wirtschaftlichen Kommentaren und das Kos dieser Berichterstattung war in der Regel, die Archive des Außenministeriums zu füllen, von wo sie einmal nach Jahren, etwa aus Unkenntnis des Abflusses eines Handelsvertrages, als veraltete Akten hervorgeholt wurden. Die Klagen der Exporteure waren um so berechtigter, als ja der gesamte Außenhandel an die ihm vom Staat vorgezeichnete Route gebunden ist und sich danach zu richten hat, was ihm der Staat durch Sonderabkommen mit den einzelnen Ländern und durch die Handelsverträge, sowie Kompensations- und Kontingentsmaßnahmen

an Möglichkeiten bietet. Die Regierung hat daher den Handelsattachés die Weisung erteilt, ihre bisherige, vorwiegend akademische Tätigkeit in eine rein praktische Kommerzelle zu verandern und so wirklichen „Dienst an der Heimat“ zu leisten. Die Direktiven des Außenministeriums an die ausländischen Vertreterstellen lauten vor allem dahin, daß zwischen den amtlichen Handelsvertretungen und den Vertretungen der polnischen Firmen im Auslande ein flüssiger, reger und womöglichst persönlicher Kontakt zu herrschen habe. Den Handelsattachés wird zur Pflicht gemacht, sich als die Vertreter der Interessen des polnischen Handels im Auslande in rein geschäftlicher Hinsicht zu fühlen und mehr Kaufleute als Beamte zu sein. Aber nicht nur im Ausland, wo die Handelsattachés zur Realisierung gelangen, haben die polnischen konsularischen Handelsvertreter ihre Tätigkeit zu entfalten, sondern sie müssen, den neuen Direktiven entsprechend, auch in Polen selbst eine innige Zusammenarbeit mit den exportierenden Firmen erwirken. Diese Fühlungnahme soll so weit gehen, daß alle polnischen Handelsattachés in den ausländischen Interessengruppen dazu eingeschaltet werden sollen, die einzelnen Wirtschaftszweige, die für den Export arbeiten, regelmäßig zu besuchen und an Ort und Stelle ihre Produktion, ihre Leistungsfähigkeit und die Möglichkeit von Exportgeschäften zu prüfen.

Wir sehen also, daß es auf dem Gebiete der Exportförderung noch reichlich viel zu tun gibt und eine Reihe von dringenden Aufgaben und Maßnahmen in diesem Jahre ihrer Durchführung harren.

Der Jahresrückblick der Bank Polsti.

Wachsender Goldbestand.

Aktiva:	31. 12. 36	20. 12. 36
Gold in Barren und Münzen . . .	392 949 740,46	389 781 591,97
Valuten, Devisen usw.	29 686 432,45	28 048 403,01
Silber- und Scheidemünzen . . .	41 359 582,14	49 407 600,94
Wechsel	681 338 755,86	672 026 093,60
Diskontierte Staatscheine . . .	66 926 100,—	42 026 400,—
Lombardförderungen	107 366 111,—	77 489 445,53
Effekten für eigene Rechnung . .	136 375 874,53	135 542 721,26
Effektenreserve	88 959 308,37	88 904 309,75
Schulden des Staatskasses . . .	90 000 000,—	90 000 000,—
Immobilien	20 000 000,—	20 000 000,—
Andere Aktiva	200 285 161,96	187 667 373,93
	1 855 240 066,77	1 780 893 939,35
Passiva:		
Aktienkapital	100 000 000,—	100 000 000,—
Reservefonds	89 000 000,—	89 000 000,—
Notenumlauf	1 033 840 740,—	992 388 970,—
Sofort fällige Verpflichtungen:		
a) Girorechnung der Staatskasse .	1 397 134,38	1 186 339,61
b) Restliche Girorechnung . . .	235 744 840,04	207 322 073,16
c) Verbriefte Verpflichtungen . .	54 425 369,66	58 046 151,18
Sonderfonds des Staatskasses . .	340 831 982,69	332 949 905,40
Andere Passiva		
	1 855 240 066,77	1 780 893 939,35

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polsti“ für den 9. Januar auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Polsti beträgt 5%, der Lombardzins 6%.

Warschauer Börse vom 8. Januar. Umlauf, Verlauf — Auf. Belgien 89,15, 89,33 — 88,97, Belgrad —, Berlin 212,36, 212,78 — 211,94, Budapest —, Butarek —, Danzig 100,00, 100,20 — 99,80, Spanien —, Holland 289,75, 290,45 — 289,65, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 116,00, 116,29 — 115,71, London 25,97, 26,04 — 25,90, New York 5,28 1/2, 5,29 1/2 — 5,27 1/2, Oslo 130,45, 130,78 — 130,12, Paris 24,71, 24,77 — 24,65, Prag 18,50, 18,55 — 18,45, Riga —, Sofia —, Stockholm 132,85, 134,18 — 133,52, Schweiz 121,60, 121,90 — 121,30, Selingfors 11,48, 11,51 — 11,45, Wien —, 99,20 — 98,80, Italien 27,88, 27,98 — 27,78.

Berlin, 8. Januar. Amtl. Devisenkurs. New York 2,488 — 2,492, London 12,215 — 12,245, Holland 136,20 — 136,48, Norwegen 61,41 bis 61,53, Schweden 62,99 — 63,11, Belgien 41,95 — 42,03, Italien 13,09 bis 13,11, Frankreich 11,62 — 11,64, Schweiz 57,15 — 57,27, Prag 8,686 bis 8,704, Wien 48,95 — 49,05, Danzig 47,04 — 47,14, Warschau —.

Effektenbörse.

Polener Effekten-Börse vom 8. Januar.
5% Staatl. Konvert.-Anleihe größere Posten 52,00 G.
kleinere Posten 51,00 G.
4% Brämien-Dollar-Anleihe (S. III) —
8% Obligationen der Stadt Polen 1926 —
8% Obligationen der Stadt Polen 1927 —
5% Pfandbriefe der Westpolnischen Kredit-Ges. Polen —
5% Obligationen der Kommunal-Kreditbank (100 G.-St.) —
4 1/2% umgesetzte Zloty-Pfandbriefe d. Pol. Landtschaft i. Gold —
4 1/2% Zloty-Pfandbriefe der Polener Landtschaft Serie I 45,00 G.
4% Konvert.-Pfandbriefe der Polener Landtschaft 40,75 G.
Bank Cukownictwa (ex. Divid.) —
Bank Polsti —
Piechcin. Fabr. Wap. i. Cem. (30 St.) —
Stimmung: fest.

Warschauer Effekten-Börse vom 8. Januar. Bank Polsti 109,00, 4% Dollar-Brämien-Anleihe 46 25, 4% Konsolidierungs-Anleihe (1936) 50,50 — 50,75, 5% Staatliche Konvertierungs-Anleihe (1924) 50,00 — 51,75, 3% Brämien-Investitions-Anleihe i. Em. 65,10, in Serien —, 4 1/2% Zloty-Pfandbriefe d. Pol. Landtschaft —.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Polener Getreidebörse vom 8. Januar. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:		22,00
Roggen 45 to		
Nichtpreise:		
Weizen	26,25—26,50	
Weizen, gel., trocken	21,50—21,75	
Braugerste	24,50—26,00	
Gerste 700—715 g/l.	22,75—23,50	
Gerste 667—676 g/l.	21,50—21,75	
Gerste 630—640 g/l.	20,50—20,75	
Safer 450—470 g/l.	16,50—17,00	
Roggen-Auszug	32,25—32,75	
mehl 10-30%	30,25—30,75	
Roggenmehl I	31,75—32,25	
0-50%	30,25—30,75	
0-65%	23,00—23,50	
Roggen-Nachm. 65%	21,25—21,75	
Weizenmehl		
IA 0-20%	42,75—43,75	
A 0-45%	41,75—42,25	
B 0-55%	40,25—40,75	
00-60%	30,75—40,25	
00-65%	38,75—39,75	
IIA 20-55%	37,75—38,25	
B 20-65%	37,00—37,50	
D 45-65%	34,00—35,00	
F 55-65%	30,00—31,00	
G 60-65%	—	
III A 65-70%	23,50—24,50	
B 70-75%	20,50—21,50	
Roggenkleie	14,75—15,25	
Weizenkleie, mittelg.	13,75—14,50	
Weizenkleie (grob)	14,75—15,25	
Gerstenkleie	14,50—15,75	
Wintertraps	46,00—47,00	
Gesamtstand:	Umlauf 3030,8 to, davon 1285 to Roggen	

Zum Jahresabschluß ist in erster Linie der Goldvorrat des polnischen Noteninstituts erheblich gestiegen und zwar um 3,2 auf 392,9 Mill. Zloty. Da um den Jahreswechsel herum die Kreditanträge der Wirtschaft immer größer zu sein pflegen, so haben auch die gewährten Kreditfonten der Bank eine Erhöhung und zwar um 64 Mill. Zloty erfahren. Diese Erhöhung erstreckt sich weniger auf das Wechselportefeuille (9,3 Mill.) als auf den Diskont der Staatscheine (24,9 Mill.), und auf die Lombard-Kredite (29,9 Mill. Zloty).

Im Zusammenhang damit mußte sich auch der Notensatz erhöhen und zwar um 41,5 auf 1033,8 Mill. Zloty. Auch von dem Vorrat an Scheidemünzen sind acht Mill. Zloty in den Verkehr abgeflossen. Durch Abhebungen aus Girokonten sind die sofort fälligen Verpflichtungen zurückgegangen.

Die Golddeckung beträgt 33,33 Prozent.

Polens Staatshaushalt im Dezember 1936.

Der polnische Staatshaushalt schloß im Dezember 1936, also im neunten Monat des Staatshaushalts 1936/37, mit einem Überschuss von 600 000 Zloty ab. Die Einnahmen betrugen 192,8 Mill., die Ausgaben 192,2 Mill. Zloty.

Im Dezember 1935 betrugen die Einnahmen 181,8 Mill. (inkl. der Sondersteuer für Einnahmen aus dem öffentlichen Fonds) und die Ausgaben 193,6 Mill. Zloty.

Die ersten neun Monate des laufenden Staatshaushalts schlossen mit einem Einnahmenschub von 2,6 Mill. Zloty ab, während im gleichen Zeitraum des letzten Staatshaushalts ein Defizit von 231 Mill. Zloty zu verzeichnen war.

Der Investierungsplan der polnischen Staatsbahnen.

Der Investierungsplan der polnischen Staatsbahnen steht für das Jahr 1937 die Fertigstellung verschiedener neuer Strecken vor. Vor allem der Eisenbahnlinie Sierpc-Strasburg. Diese Linie, die 54 Kilometer lang ist, wird die Bezirke Plock und Kutno, Pommerellen näher bringen; sie wird aus Eigenmitteln der Eisenbahn erbaut.

In Oberschlesien wird die Linie Sohrau-Plesch dem Verkehr übergeben werden, die 22 Kilometer lang ist und deren Bau vom ober-schlesischen Fiskus finanziert wurde.

Von der polnisch-französischen Eisenbahngesellschaft wird der Bau der Eisenbahnlinie Guntzschau-Stemkowice finanziert werden; diese wird die Eisenbahnlinie Silesien-Obdruha mit dem übrigen polnischen Eisenbahnnetz verbinden. Gleichzeitig werden die Einrichtungen längs der Kohlenbahn fertiggestellt. Weiter soll mit dem Bau des zweiten Gleises begonnen werden.

Im Rahmen des allgemeinen Investitionsplans ist der Bau von Brücken und vorbereitende Arbeiten zum Bau örtlicher Eisenbahnlinien vorgesehen.

Vor einem Bankstreit in Warschau?

Vor einiger Zeit hat bereits in den polnischen Banken ein zweitägiger Demonstrationstreik zur Sitzung der Forderung eines allgemein verbindlichen Tarifvertrages für das Bankgewerbe stattgefunden. Der Verband der Bankangestellten hat jetzt dem Sozialministerium mitgeteilt, daß er zu einem allgemeinen Bankstreik aufrufen werde, falls seine Forderungen nicht berücksichtigt würden.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 9. Januar. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Standards: Roggen 688,5 g/l. (117,2 f. h.) zulässig 3%, Unreinigkeit Weizen 787,5 g/l. (125,2 f. h.) zulässig 3%, Unreinigkeit, Safer 413 g/l. (69 f. h.) zulässig 5%, Unreinigkeit, Braugerste ohne Gewicht, Gerste (61—667 g/l. (112—113 f. h.) zulässig 1%, Unreinigkeit, Gerste 643—649 g/l. (108,9—109,9 f. h.) zulässig 2%, Unreinigkeit, Gerste 620,5—626,5 g/l. (105,1—106 f. h.) zulässig 3%, Unreinigkeit.

Transaktionspreise:

Roggen	40 to	22,75—23,00	gelbe Lupinen — to —
Roggen	— to —	—	Beluchfen — to —
Roggen	— to —	—	Gerste 661—667 g/l. — to —
Roggen	— to —	—	Braugerste — to —
Roggen	— to —	—	Speisefart — to —
Stand.-Weizen	— to —	—	Sonnenblumentuch — to —
Safer	15 to	17,25	

Nichtpreise:

Roggen	22,25—22,50	Weizenkleie, mittelg.	14,00—14,50
Standardweizen	26,25—26,50	Weizenkleie, grob	15,00—15,25
a) Braugerste	24,50—26,00	Gerstenkleie	15,00—15,50
b) Einheitsgerste	—	Wintertraps	45,50—46,50
c) Gerste 661—667 g/l.	22,75—23,25	Rüben	42,00—44,00
d) 643—669 g/l.	22,50—22,75	blauer Mohr	62,00—65,00
e) 620,5—626,5 g/l.	21,25—21,50	Senf	28,00—30,00
Safer	16,75—17,00	Beluchfen	39,00—42,00
Roggen	—	Beluchfen	20,00—21,00
Auszugmehl 0-30%	—	Widen	19,00—20,50
Roggenmehl I 0-50%	34,25—34,75	Serabella	16,00—19,00
I 0-65%	32,75—33,25	Nelkenbier	20,00—21,00
Roggenmehl II 50-65%	26,75—27,50	Wittoriaerbsen	21,00—26,00
Roggen	—	Polgererbsen	21,00—24,00
nachmehl 0-95%	26,50—27,25	blaue Lupinen	10,50—11,50
über 95%	—	gelbe Lupinen	12,50—13,50
Weiz.-Ausg. 10-20%	43,25—44,75	Widstee, enthüllt	—
Weizenmehl IA 0-45%	42,25—42,75	Widstee, unger.	90,00—125,00
IB 0-55%	41,50—42,00	Rottee, unger.	80,00—100,00
IC 0-60%	40,75—41,25	Rottee 97%, aer.	105,00—120,00
ID 0-65%	40,00—40,50	Speisefartoffeln Rom.	—
IIA 20-55%	35,50—36,50	Speisefartoffeln N. Rot.	—
IIA 20-65%	35,00—36,00	Fabrifartoff. p. kg., f. 30-20% gr.	—
IIA 45-55%	34,00—35,00	Kartoffelstod.	17,00—17,50
IIA 55-65%	33,25—34,25	Reintuchen	22,00—22,50
IIA 65-70%	32,00—33,00	Rapsuchen	18,00—18,50
IIA 70-75%	29,00—29,50	Sonnenblumentuch	23,50—24,50
IIA 75-80%	28,00—28,50	42-45%	—
Weizenstrot	—	Trodenstrot	8,00—8,50
nachmehl 0-95%	31,00—31,50	Roggenstrob, lose	3,25—3,50
Roggenkleie	14,75—15,25	Roggenstrob, gep.	4,00—5,00
Weizenkleie, fein	14,25—14,75	Reheheu, lose	—

Allgemeine Tendenz: stetig. Roggen, Weizen, Safer, Roggen- und Weizenmehl stetig, Gerste stetig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	426 to	Futterartoff. 30 to	Safer	115 c
Weizen	291 to	Fabrifartoff. 160 to	Beluchfen	15 to
Braugerste	60 to	Caartartoffeln — to	Raps	— to
a) Einheitsgerste 482 to		Kartoffelstod. — to	Sonnenblumen-	
b) Winter- " to		blauer Mohr 10 to	terne	— to
c) Sommer- " to		Senf — to	gelbe Lupinen	17 to
Roggenmehl 132 to		Gerstenkleie 15 to	Rüben	— to
Weizenmehl 74 to		Serabella 14 to	Widen	10 to
Wittoriaerbsen — to		Reintuchen 25 to	Seimenge	23 to
Erbsen — to		Rapsuchen 10 to	Sanflamen	— to
Futter-Erbsen — to		Mais — to	Buchweizen	— to
Roggenkleie 142 to		Trodenstrot — to	Wittoriaerbsen	— to
Weizenkleie 45 to		Palmerstuchgenm. — to	Malzkeime	— to

Gesamtangebot 2184 to.

Gelbfleischige Speisefartoffeln über Rotig.

Marktbericht für Samereien der Samengroßhandlung Wiefel & Co., Bromberg. Am 9. Januar, notierte unverbündelt für Durchschnittsqualität, per 100 Kilo: Rottee ungerrein 90—115, Weizenkleie 80—120, Schwedenkleie 100—160, Gelbtee, enthüllt 50—60, Gelbtee in Säcken 20—25, Intarmattee 40—50, Bündeltee 55—65, engl. Rapsgras, hiesiges 70—80, Timothee 18—22, Serabella 16—18, Sommerwiden 18—20, Winterwiden (Vicia villosa) 30—34, Beluchfen 19—21, Wittoriaerbsen 21—25, Felderbsen 19—21, Senf 30—33, Sommererbsen 42—45, Wintertraps 42—46, Buchweizen 18—22, Safer 42—46, Reintuchen 39—41, Sire 18—24, Mohr, blau 60—64, Mohr, weiß 70—80, Lupinen, blau 10—11, Lupinen, gelb 12—13 zt.